

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Pettzeile oder deren Raum berechnet.

## Bautätigkeit und Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter.

In unserm ersten Artikel über unsere Tarifpolitik wiesen wir darauf hin, daß jene Kollegen im Irrtum seien, die die Arbeitslosigkeit einer großen Zahl von Bauarbeitern auf die Sinnlosigkeit der Tarifverhandlungen zurückführten. Wir sahen den Grund der schlechten Konjunktur und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit in erster Linie in der großen Geldknappheit, zum Teil auch in dem Ueberangebot an Wohnungen in einzelnen Großstädten. Schon damals machten wir darauf aufmerksam, daß sich die Bautätigkeit nach Abschluß der Tarifbewegung in einzelnen Orten nicht gebessert, sondern im Gegenteil noch weiter verschlechtert habe. Aber damals hätten wir selbst noch nicht geglaubt, daß die Konjunktur allgemein weiter abflauen und die Arbeitslosigkeit unserer Kollegen mitten im Hochsommer einen solchen Höhepunkt erreichen würde, wie es nach den in letzten Konjunkturberichten der Fall ist. Nach diesen Berichten ist die Bautätigkeit, besonders die Privatbautätigkeit, in den weitaus meisten großen und mittleren Städten des Reiches sehr schlecht, und zum Teil sehr schlecht. Sehr schlecht insbesondere in fast allen größeren Städten Ost- und Mitteldeutschlands, schlecht in Ostdeutschland — wo man allerdings zum Teil auf baldige Besserung hofft —, schlecht bis mittelmäßig in Rheinland-Westfalen, etwas besser zum Teil in Sachsen, und sehr schlecht in den größten Städten Norddeutschlands. Eine wirklich gute Konjunktur haben nur einige Städte Nordwestdeutschlands, in Rheinland-Westfalen Gießen und Münster, in Mitteldeutschland Jena und in Süddeutschland Straßburg. Wir wollen die hervorzuhebensten Merkmale der Konjunktur in den einzelnen Gebieten hier kurz registrieren.

Die Konjunktur in Berlin wird durch wenige Zahlen illustriert: Im Jahre 1906 waren dort 22 000 Mauer beschäftigt, heute sind es nur noch 10 000 bis 11 000. Von unsern Berliner Mitgliedern melden sich durchschnittlich 17 pZt. arbeitslos; der wirkliche Prozentsatz der Arbeitslosen ist noch größer. Die Not unter unsern Berliner Kollegen ist ungeheuer. Viele von ihnen haben in diesem Jahre noch nicht gearbeitet, andere, die seit Jahrzehnten in Berlin ansässig sind, müssen ihre Familien verlassen und sich für niederen Lohn in der Provinz Arbeit suchen; wieder andere müssen ihren Beruf aufgeben. Mit Schaudern denkt man daran, welche Zustände heute in Berlin herrschen, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht durch Tarifverträge geregelt wären. In eine Besserung ist vorläufig nicht zu denken, da in Berlin selbst immer noch 4 1/2 pZt. und in den Vororten bis zu 6 1/2 pZt. Wohnungen leer stehen. Aus der Provinz Brandenburg haben wir von unsern Organisationen zwar keine Berichte, aber aus Zeitungsmeldungen ergibt sich, daß dort die Arbeitslosigkeit zum Teil nicht viel besser ist als in Berlin selbst.

Schlummern sind die Verhältnisse auch in den größeren Städten Ostdeutschlands. Die Privatbautätigkeit liegt infolge der hohen Baupreispreise fast überall völlig daneben, und wenn nicht eine große Anzahl unserer Kollegen in den Garnisonstädten der Provinz, so infolge der neuen Militärverträge mandatierte Arbeiter ausgeführt werden, Arbeit gefunden hätte, dann wäre die Not in den Großstädten noch schlimmer. So wird aus Königsberg eine schlechte Konjunktur gemeldet, die erst jetzt durch den Bau von Schulen und Kasernen etwas besser wird. Ähnlich ist es in Danzig, wo die Arbeitslosigkeit noch nie so groß war wie in diesem Jahre. Auch von den dortigen Kollegen sind viele gegungen, auswärts zu arbeiten. In Posen ist die Bautätigkeit so schlecht, daß 150 Kollegen arbeits-

los sind und 350 auswärts arbeiten müssen. In allen diesen Orten rechnet man zwar infolge der Inangriffnahme von Militärbauten auf eine baldige Besserung, aber ob diese genügen wird, ist noch sehr fraglich. Die Bautätigkeit in Brandenburg ist außerordentlich schlecht, obwohl auch in dortigen Gebiet Militärbauten ausgeführt werden. In Breslau sind fast nur halb soviel Bauarbeiter beschäftigt wie 1911. Obwohl viele Kollegen in der Provinz arbeiten, waren doch bis August insgesamt 10 335 Mitglieder arbeitslos gegen 1844 im Jahre 1911. Dabei stehen in Breslau nur 2 pZt. der Wohnungen leer. Nicht ganz so schlecht ist die Bautätigkeit im Zweigverein Gorki. Ein Tiefstand der Konjunktur, wie ihn selbst die ältesten Kollegen nicht kennen, herrscht im Zweigverein Wabenburg, und unsere Mitglieder Kollegen bleiben nur durch umfangreiche Staats- und Kommunalbauten sowie durch eine gute Bautätigkeit in den ländlichen Gebieten vor größerer Arbeitslosigkeit bewahrt. Das ist die Bautätigkeit in den größeren Orten Ostdeutschlands, die für die Gesamtbautätigkeit jener Landesteile ausschlaggebend ist. Etwas besser als in den ostpreussischen Groß- und Mittelstädten ist die Bautätigkeit in Pommern, wie der ausführliche Bericht des Stettiner Bezirksausschusses in dieser Nummer zeigt. Das dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß in den kleineren Städten und auf dem Lande die Bautätigkeit weit weniger von den Bauten abhängig ist als in den Großstädten.

In Nord- und Nordwestdeutschland ist die Bautätigkeit sehr verschieden. In Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosigkeit in den kleineren Städten und auf dem Lande nur gering. Kasernenbauten bieten unsern Kollegen auch dort in mehreren Orten Beschäftigung. Auch in Bremen, Danneberg und Küstringen-Wehlms- hoven ist eine gute Bautätigkeit, ebenso in Oldenburg i. Gr. Kasernenbauten und andere öffentliche Bauten tragen dort zur Belebung der Bautätigkeit bei. Dagegen sind die Verhältnisse in Hamburg, Kiel und Lübeck geradezu trostlos. In Hamburg ist bauernd fast ein Drittel der Mitglieder arbeitslos. Hunderte von Kollegen haben in diesem Jahr noch gar nicht oder nur einige Wochen gearbeitet. Aussicht auf Besserung besteht zuerst nicht, da rund 7 1/2 pZt. der Wohnungen leer stehen. In Kiel sind seit Anfang des Jahres nur 29 Baugesuche eingegangen gegen 112 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Selbst die ältesten Bauarbeiter müssen sich einer so trostlosen Zeit wie der jetzigen nicht zu erinnern. In Lübeck ist allerdings ein Grund, weshalb unsere dortigen Kollegen die Krise nicht mehr so stark fühlen wie die Städte und die Arbeitslosigkeit plötzlich um die Hälfte zurückgegangen ist. Im Laufe der Zeit folgt immer eine gewisse Anpassung an die neuen Verhältnisse, indem der Zustrom aufhört und die nicht sehr anfälligen Kollegen abtreten oder auch in andere Berufe übergehen. Trostlos ist die Bautätigkeit auch in den Unterweserebenen. Obwohl dort eine große Wohnungsnot herrscht, hoch die Privatbautätigkeit fast völlig.

Auch in Rheinland-Westfalen, das sonst immer die Zuständigste für viele Tausende arbeitsloser Bauarbeiter aus anderen Gebieten war, ist die Bautätigkeit in diesem Jahre überaus schlecht, obwohl die Industrie dort immer noch zur Belebung beiträgt. Eine gute Konjunktur hat Münster, wo eine Anzahl öffentlicher Bauten errichtet werden. Unsere Kollegen in Minden und Bielefeld finden für die fehlende Arbeit in diesen Städten Ersatz in der Umgebung. In Gagen ist die Bautätigkeit merklich abgefallen, in Siegen ist sie sehr schlecht; auch hier bieten die Außenbezirke für unsere Kollegen etwas mehr Arbeit. Die Konjunktur in Mülheim-Derhausern läßt alles zu wünschen übrig. Auch Necklunghausen hat trotz ständigen Wohnungsmangels eine schlechte Bautätigkeit. Nicht besser ist es in Gelsenkirchen, etwas besser in Herne. In dem Be-

richt aus Herne-Gelsenkirchen wird die Meinung aus gesprochen, daß die industrielle Entwicklung, insbesondere die Entwicklung des Kohlenbergbaues, im ganzen engeren Industriegebiet ihren Höhepunkt überschritten habe und daß dieses Gebiet nicht mehr lange das Eldorado für Bauarbeiter sein werde. In Essen ist die Bautätigkeit trotz Wohnungsmangels schlecht; auch in den umliegenden Orten ruht die Privatbautätigkeit fast vollständig. Barmen hat eine überaus schlechte Konjunktur; etwas besser ist sie in Elberfeld, wo außer Kommunalbauten verschiedene große Geschäftshäuser errichtet werden. Erheblich zurückgegangen ist die Bautätigkeit im Duisburger Gebiet. In Duisburg selbst sind vom Januar bis Juni 257 Baugesuche weniger erteilt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Sehr schlecht ist die Bautätigkeit in Düsseldorf, wo die Zahl der Baugesuche gegen das Vorjahr ebenfalls um 280 zurückgegangen ist. Rund ein Sechstel unserer Düsseldorf-Zweigvereinsmitglieder ist arbeitslos, davon 211 Kollegen länger als sieben Wochen. Auch in Köln hat die Bautätigkeit ganz erheblich nachgelassen. Trotz der regen öffentlichen Bautätigkeit herrscht eine ziemlich hohe Arbeitslosigkeit. Der Zweigverein zählte an Arbeitslose rund M. 8000. Nichts anderes unter- scheidet sich die Konjunktur in Gießen, wo Fiskus und Militärbehörde zur Belebung beitragen. Wachen dagegen hat wieder 80 bis 100 Arbeitslose.

In Königreich Sachsen ist zwar die Konjunktur noch nicht ganz so schlecht wie in andern Landesteilen; gegen das Vorjahr ist aber auch dort fast überall ein Rückgang eingetreten, so in Dresden, Bauen, Pirna, Chemnitz. Erheblich zurückgegangen ist die Bautätigkeit in Leipzig, wo am 31. Juli von 6745 Mitgliedern 837 arbeitslos waren. Der Zweigverein zählte seinen Arbeitslosen eine einmalige Unterstützung. Auch in Jüdicau war die Arbeitslosigkeit so groß, daß sich der Zweigverein zur Zahlung einer Monatsunterstützung entschloß. Mittelmäßig ist die Konjunktur in Plauen; doch gab es Ende Juli auch dort 50 Arbeitslose. Ebenjoviel gab es im Zweigverein Aue. Dort ist die Konjunktur schlecht und die Zahl der Arbeitslosen wäre erheblich größer, wenn die arbeitslosen böhmischen Kollegen nicht meistens nach das Gebiet vertriehen. Auch in Hlöh gibt es nur deshalb keine Arbeitslosen, weil viele der sonst dort beschäftigten fremden Kollegen in diesem Jahre nicht zugereist sind. Ueber eine gute Konjunktur berichtet Jittan. Sehr schlecht ist die Bautätigkeit im Zweigvereinsgebiet Auerbach-Jakobsfeld, wo nicht halb soviel Bauarbeiter beschäftigt sind wie 1912. Nicht viel besser steht es in Annaberg i. S.

In Mittel- und Westdeutschland hat fast keine einzige größere Stadt eine ausgesprochen gute Konjunktur. In Gilsbeheim war sie „wohl noch in keinem Jahre so schlecht wie in diesem“. In Braunschweig liegt die Bautätigkeit daneben. In Magdeburg ist sie sehr schlecht; nahezu 100 Kollegen melden sich wöchentlich arbeitslos. Noch schlechter ist sie in Halle, wo sich allwöchentlich etwa 250 Kollegen arbeitslos melden, während ein Drittel der Mitglieder in andern Berufen arbeitet. Viele Kollegen haben in diesem Jahre noch keine Stunde als Maurer gearbeitet. Mittelmäßig ist die Bautätigkeit in Merseburg; dagegen hat sie in Eisenach einen derartigen Grad des Tiefstandes erreicht, daß selbst unsere ältesten Kollegen etwas derartiges noch nicht erlebt haben. Auch in Göttingen ist nur halb soviel Arbeit wie in den letzten Jahren. Eine Ausnahme macht Jena, wo die Gemeinde und die Heimstätten-Gesellschaft eine Anzahl Bauten ausführen. Trotz der guten Bautätigkeit gibt es aber dort arbeitslose Kollegen, weil der Zugang von außerhalb sehr stark ist. Sehr schlecht ist die Bautätigkeit in Gera, wo es immer noch an 200 Arbeitslose gibt. Der Zweigverein zählte in sieben Wochen M. 8536,40 Arbeits-



lofenunterstützung an seine Mitglieder. In Gassel ist die Bautätigkeit gleichfalls außerordentlich klein. Obwohl am Orte Wohnungsnot herrscht, liegt die Privatbautätigkeit völlig darnieder. Schlecht ist die Bautätigkeit auch in Gießen, etwas besser in Wehlar. In Gießen sind nicht halb soviel Arbeiter beschäftigt wie in früheren Jahren; in Darmstadt nur die Hälfte bis ein Drittel. In Frankfurt a. M. ist die Bautätigkeit nicht schlechter als im Vorjahre; aber infolge des starken Zutroms fremder Arbeitskräfte herrscht doch eine erhebliche Arbeitslosigkeit. In Offenbach und Hanau ist die Konjunktur schlecht, in Friedberg und Gießen a. M. gut. Auch in Mainz und Wiesbaden ist die Konjunktur schlecht, in den Außenbezirken beider Zweigvereine aber etwas besser.

Am schlechtesten ist die Bautätigkeit in Südbadensland. Aus Bayern haben wir keinen einzigen Bericht über gute Konjunktur erhalten. In München herrscht eine riesige Not. Für unsere Nürnberg Kollegen ist 1913 das schlechteste Baujahr, das sie kennen. In Hof ist die Bautätigkeit schon seit fünf Jahren schlecht; aber in diesem Jahre wird alles furchtbar abertrotzen. In Bamberg liegt die Bautätigkeit so darnieder wie seit 1879 nicht mehr. Etwas günstiger ist es in Würzburg, aber auch dort ist nicht für alle Bauarbeiter Arbeit vorhanden. In Bad Kissingen sind zurzeit 39 Kollegen beschäftigt gegen 250 im August 1912. In Bayreuth sind 350 bis 400 Kollegen arbeitslos und nur 250 in Arbeit. Ein Teil der Kollegen arbeitet auswärts. In Regensburg ist die Konjunktur so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht. In Württemberg ist es nicht viel besser. Obwohl in Ulm Militärbauten und andere staatliche Bauprojekte ausgeführt werden, ist die Bautätigkeit sehr schlecht. Die private Bautätigkeit verlagert fast vollständig. Geilbronn hat eine beispiellos schlechte Konjunktur; auch dort liegt die Privatbautätigkeit fast völlig still. Auch in Stuttgart hat die Bautätigkeit erheblich nachgelassen. Normal, aber doch schlechter als im Vorjahre ist die Bautätigkeit in Pforzheim, ziemlich gut in Straßburg i. E. und sehr schlecht in Saarbrücken, wo jetzt von 800 bis 1000 Maurern, die früher dort beschäftigt waren, höchstens noch 180 beschäftigt sind. Etwas besser ist es zum Teil in den Außenbezirken dieses Zweigvereins, wo Katernheuten und größere industrielle Anlagen ausgeführt werden.

Das ist die Bautätigkeit in den größeren und mittleren Städten des Reiches. Wäre sie in den ländlichen Gebieten und den Kleinstädten nicht teilweise besser, so wären die Not und das Elend der Bauarbeiter schon im Hochsommer ins Ungeheuerere gewachsen. Auch die militärischen Bauten haben vielen Kollegen viel Arbeit gebracht. Es wäre aber verkehrt, wenn diese deshalb dem Militarismus besonders dankbar sein wollten; denn gerade der Militarismus hat dadurch, daß er dem Wirtschaftsstellen diesen Jammern entzog, am meisten zur Feuerung des Geldes und zur Einschränkung der Privatbautätigkeit beigetragen. Darüber und über andere Fragen in einem zweiten Artikel mehr.

### Sterben.

(Ein Arbeiterjubiläum)

Spätsommermorgen! Hinter dem Häusermeer der Reichstadt steigt aus graublauer Dunst die Sonne empor. Morgensmilde liegt noch über der erdenden Stadt. Nur ab und zu hallt durch die stillen Straßen des Profierenviertels ein elender Schrei. Da kommt ein Mann die Straße entlang; groß, kaper, grau, gebeugt. Auf seinem bartumrahmten, blauen Gesicht liegt der Ausdruck der Müdigkeit und seine Augen, die wohl einst blau und heiter sein mochten, haben einen fastgamen, erloschenen Glanz.

Dieser Mann ist Paul Köchel, der Maurer. Er ist vor der Sonne aufgestanden — nicht von warmem Fieber, sondern von der kalten, kalten Diste. Wenn du ihn fragst, wo er denn hin wolle in der heiligen Morgensruhe, so würde er dir sagen, daß er noch einmal hinaus wolle auf den Rand, wo er geboren sei, daß er Abschied nehmen wolle von der Stadt, die er liebt. Wenn er zurückkehre in die Stadt, dann wolle er sterben; denn er habe nichts mehr zu leben. Das würde er dir mit denselben bebenden Lippen sagen, mit dem er ist schon vor Wochen seinen Bekannten gesagt, und du würdest es nicht glauben, ebensowenig, wie es ihm seine Bekannten glaubt. Er aber würde dir sagen, daß ihm nichts anderes übrig bleibe, wenn er nicht helfen über seinen Mühsüßigen zur Zeit fallen wolle. Und das wolle er nicht; denn dazu sei er zu tof.

Langsam geht Paul Köchel weiter. Die Sonne steigt höher und der Dunst vertieft. Immer mehr Menschen begegnen die Straßen; aber alle rennen an ihm vorbei, als ob ihn niemand sähe, jeder seinem eigenen Gedulst nach. Vor einem großen Gebäude bleibt der Alte stehen und sieht lange nach der Fassade hinauf. Schmerzliche Beunruhigung über sein Gesicht, und eine Kränze rollt über seine eingeblunden Wangen: Hier hat er einst im Altere großer Gefellen, als hoffnungsfreudiger Burche geschafft. Dort, jenem köstlichen Plafier und dieser herrlichen Säule, jenem

Nachtrag. Die zuletzt noch eingegangenen Konjunkturberichte konnten wir in unserm Artikel nicht mehr berücksichtigen. Wir tragen deshalb hier das Wichtigste nach. — In Bameln ist die Bautätigkeit ziemlich gut, doch ist die Stadt von Arbeitskräften fast überlaufen. Auch in Weiden ist die Bautätigkeit etwas besser als im Vorjahre, doch kann sie jetzt bereits stark ab. Die Bautätigkeit in Hamm ist erheblich zurückgegangen. In Schweinfurt gab es im Jahre 1912 1134 bei der Ortstranienfahre veräckerliche Bauarbeiter, in diesem Jahre aber nur 642. In Wernberg ist außerordentlich wenig Arbeit. In Konstanz ist die Zahl der Bauarbeiter in mehreren Orten von rund 800 auf nur 500 zurückgegangen. In Regensburg hat gar nur die Hälfte der 860 Mitglieder Arbeit. Viele Mitglieder haben seit Oktober 1912 noch keine Stunde gearbeitet. Für Hammer ist das Jahr 1913 das schlechteste Baujahr, das unsere Kollegen kennen.

### Die Börsen.

II.

#### Der Kurszettel.

Der Kurszettel der Börsen vor 100 Jahren ist von dem der Börsen von heute sehr verschieden. Ein Kurszettel aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts war ein kleines Handbälgen mit knapp einem Dutzend Notierungen in großer Schrift, während der Kurszettel von heute von großem Umfange ist, selbst wenn kleinerer Druck benutzt wird. Die Umsätze auf den Börsen betragen fast also auf eine viel größere Anzahl von Warengruppen, vor allem von Effekten, als vor 100 Jahren. Auf diesen Kurszetteln sind täglich zehntausende Geschäftsbefehle juristischzuführen. Man ist sich über sein Zustandkommen zu erklären, ist notwendig, wenn man den Bericht machen will, in das Werk der Börsen einzubringen. Der Kurszettel der Börsen von Frankfurt, der den offiziellen Titel: „Öffentliches Kursblatt der Marktkammer zu Frankfurt a. M.“ führt, zerfällt in 8 Spalten, die eng gedruckt sind, und in 24 Rubriken, von denen wir folgende anführen: Europäische Staatspapiere: a) deutsche, b) ausländische; außereuropäische Staatspapiere und staatlich garantierte Anleihen; Provinzial- und Kommunalobligationen; woffenschaftliche Bankaktien; nichtvollbesetzte Bankaktien; Aktien und Obligationen deutscher Kolonialgesellschaften; in Liquidation begriffene Unternehmungen; Bergwerksaktien; Kuxe (das sind Anteile an Bergwerken); Aktien industrieller Unternehmungen, die zum Teil in Gruppen angeführt sind, wie Bau- und Terrangesehäftigen, Brauereien, chemische, elektrische Unternehmungen, Maschinenfabriken, Spinnereien, oder einzeln angeführt sind; Aktien deutscher Transportanstalten; Aktien ausländischer Transportanstalten; Versicherungssaktien; Prioritätsobligationen und Schuldverschreibungen von Transportanstalten; Pfandbriefe und Schuldverschreibungen von Hypothekenbanken, die wieder getrennt sind in inländische und ausländische; amerikanische Werte in Dollars; diverse Obligationen; ständesherliche Anleihen; verzinsliche Kasse und unverzinsliche

Kasse; Serienlose; verfallene Coupons in größeren Beträgen; Gold, Silber und Banknoten; Wechsel.

Die Kursblätter enthalten vielfach eine Reihe von Bemerkungen, die die einzelnen Effekten erklären sollen, wie zum Beispiel Zt (Zinsfuß), dann die Währung, in der das Papier ausgegeben ist, also Mark, Gulden, Taler, Franken, Kronen usw., dann den Zinsstermin, die Fälligkeit, das heißt den Termin der Rückzahlung, der zum Beispiel für deutsche Reichsschatanweisungen festgesetzt wird, während er bei den üblichen Rentenpapieren nicht festgesetzt ist. Am Kursblatt wird oft festgesetzt, daß nur bestimmten Nummern der Effekten auf der Börse gehandelt werden können. Ferner findet man dort in Abhängigkeit von dem Zeitpunkt, für welchen Termin, zum Beispiel für ult., das heißt für ultimo, zu dem für Ende des Monats, die Abschlässe zu machen sind. Weiter, ob das Stück mit oder ohne letzten Dividendenchein oder Zinscoupon gehandelt wird, weiter bei Anleihen, ob sie kündbar und höher oder ob sie bis zu einem bestimmten Zeitpunkt kündbar und unteilbar, oder ob sie überhaupt nicht kündbar sind. Vieles kann man auch, zum Beispiel bei Aktien, sehen, wie die Geschäftsjahre laufen, ob sie zum Beispiel am 1. Januar, 1. April, 1. Oktober beginnen, wie hoch die letzte oder auch die vorletzte Dividende gewesen ist. Endlich ist noch auf einige wenige Abhängigkeiten hinzuweisen. So bedeutet im Kursblatt: G Geld, das heißt, daß zu diesem Preise noch Nachfrage vorhanden war, die nicht gedeckt werden konnte. B bedeutet Brief (man findet dafür auch häufig, so zum Beispiel bei den Warenbörsen, die Bezeichnung W, jedoch wie Ware), das heißt, daß zu diesem Preise noch ein Angebot vorhanden war, das nicht abgenommen wurde. Kleines b, auch kleines B bedeutet, daß die Nachfrage zu diesem Preise glatte Cte bedingt, daß die Nachfrage zu diesem Kurse befriedigt wurde, daß aber noch Angebote vorlagen. a B oder auch bz B bedeutet, daß ein Teil der Nachfrage zu diesem Kurse realisiert wurde, aber noch Nachfrage vorlag. etw. bz B bedeutet, daß nur kleine Umsätze stattgefunden haben (gestrichenes Papier), daß kein Angebot und kein Nachfrage zu einem bestimmten Kurse vorlag oder daß die vorgenommenen Umsätze so wesentlich von der Marktlage abwichen, daß die Kursmakler ihnen eine wirklich preisbildende Bedeutung nicht zuerkennen konnten.

Die Feststellung der Kurse findet an der Berliner Börse zu einer bestimmten Zeit, mittags gegen 2 Uhr, an anderen Börsen meistens während der Börzenzeit statt. In Frankfurt a. M. wird an der Mittags- und an der Abendbörse, also täglich zweimal, der Kurs festgesetzt. Die festgestellten Kurse werden in den geschäftlichen Kurszetteln festgesetzt gedruckt, dann von den Zeitungen wiedergegeben und an die ausländischen Börsen telegraphisch mitteilt. Die Börsenkurse bilden die Grundlage aller Käufe und Verkäufe, die in der Regel bis zur Feststellung neuer Börsenkurse Geltung haben. Die Kurszettel der Zeitungen geben oft Vergleichsziffern mit vorangegangenen Kursfeststellungen.

Das Lesen des Kurszettels ist schwierig. Es erfordert, daß man sich zuerst unterrichtet, nach welchen Prinzipien die Kurse veröffentlicht werden. Hier beschließt keine Gleichheit zwischen den einzelnen Börsen, und

Geldsinn und dieser Bekundung hat er ihre klaffenden Formen gegeben. Welche Hoffnungen glühten damals in seiner Brust, und wie elend sind sie geworden gegangen! Tief aufsehend geht er weiter — immer weiter der Sonne entgegen. Er kommt noch an manchem Bauwerk und freudig, für höchste Begehung hat er seine Arbeit einst hingegen, zum Ruhm für andere, zum Ehre der Stadt. Die hat er dabei an die Zukunft gedacht. Jetzt ist er elend — niemand will ihm, dem Sechzigjährigen, noch Bekundung geben. Und da sein Arbeitstier ihm verwehrt, Better zu werden, so sieht er nur einen Ausweg für sich — den Tod.

Als er an einem Neubau vorbeikommt, steht er lange und sieht unterhandt hinauf nach der Mauer, auf der die Werkzeuge liegen. Wenn er doch Arbeit bekäme! Wenn er arbeiten, leben könnte! Ach, ein fanstoser Wunsch, doch es wolle. Vor 30 Jahren ja, da war er noch gesund, da rissen sich die Kapitalisten um ihn, da war er eine viel begehrte Kraft. Und vor 15 Jahren ging es noch, und vor zehn Jahren glühte ihm das Arbeitsbuch doch noch hin und wieder. Aber dann wurde es mit jedem Jahre schlimmer. Wobers und monatlang mußte er Arbeit suchen, und lange er solche gefunden hatte, dauerte sie meistens nicht länger. Er war zu alt, der Unternehmer konnte jüngere Kräfte genug bekommen — er wurde wieder entlassen: der Profit war den Internernehmer nicht groß genug. Dann kam die Zeit, wo er überhaupt keine Arbeit mehr fand, und wo seine arme Frau ihn durch kleine ernährten mußte. Sie hat sich folgendes, vor zwei Jahren ist sie gestorben. Damals hat er den Entschluß gefaßt, alles, was er noch sein Eigen nannte, Stück für Stück zu verkaufen und dann zu sterben. Nun ist es so weit: vor 14 Tagen hat er das Letzte, sein Bett, verkauft. Seitdem schlief er auf der Erde, von der er heute zum letzten Male aufgestanden ist. In einem Zeitungspapier verpackt liegt auf dem Fensterrand hinein ein Stück Spanpapier. Das soll seine Erklärung sein!

Als das geht ihm durch den Kopf, während er hinauf nach der Mauer blickt. Ja, ja! Wenn er nur arbeiten

könnte! Arbeiten, leben! Ja, ja! Aber es gibt ja so viele Junge, so viele, die keine Arbeit haben, besonders jetzt in der Krisenzeit. Und er schüttelt traurig den Kopf und geht weiter, langsam, gebeugt — immer weiter...

Träumen auf der Gasse, wo Kartoffelfelder liegen zu beiden Seiten und die kalten Mäuler laßt von den Wänden fallen, wandert der Alte, bis er müde ist. Dann läßt er sich nieder am Straßensrand und ist einige Minuten, die er den Rücken flücht. Da gehen einige Arbeiter an ihm vorbei, und der eine sagt flüsternd: „Es scheint ein Better zu sein; ich würde ihm ein Stück Brot geben.“ Und streckt es ihm hin. Der Alte aber läßt dankend ab. Er sei kein Better und habe auch keinen werden. Aber im stillen freudig sein und habe diese Menschen ihm helfen wollen. Er würde viele hatten das schon gewollt, wenn er sein Schicksal ergriffen, und waren doch nicht umfände dazu. Es waren immer solche, die ihm nicht helfen konnten. Die ihm hätten helfen können, die wollten es nicht.

Da gab es welche, die boten ihm Geld oder Nahrung, und hatten doch selbst nur wenig zu essen. Das wollten wohl alle Menschen sein. Dann die vielen anderen, die nicht viel und nicht wenig haben. Sie hatten ihre Mühe mit ihm und bebauten, daß sie ihm nicht helfen konnten. So solchen sagte er einst: „Ich habe nicht wollen lange zu leben, ich will meine Mühe verkaufen, das Geld bezuehen und dann sterben.“ Sie sagten: „Du das nicht! über.“ „Es ist sehr traurig, daß es so was ist.“ Aber ich Grunde genommen nur ihnen kein Geld wollen ableben. Und der eine fragte: „Was willst Du für diesen Schein kaufen?“ Und der andere fragte: „Ich konnte noch ein Bett brauchen, habe aber nicht viel Geld.“ Es wolle, Du verkaufst, laum ich nicht haben. Du mußt es mir billiger lassen.“ Auch der Arbeiterergriffene, der ihm für viel Geld vor ein Stück Spanpapier verkaufte, hatte Mühe mit ihm; denn er wollte ihm ja behütet sein, konnte sein Geld zu verkaufen. Sie sollten sich lieber helfen: es müßten, solche Menschen! Dann nicht es Recht, die einen Menschen, der ein Leben voll Arbeit hinter sich hat, zu mühen, er solle an den Straßen stehen mit dem Gut in der

es ergeben sich da für den in dem Börsenwesen Fremden oft leicht Irrtümer.

Die Kurse der Wertpapiere werden meist in Prozenten des Nennwertes angegeben, das heißt, es wird mitgeteilt, wieviel für je 100 oder Gulden oder Franken oder Rubel Nennwert eines Papierses wirklich zu zahlen ist, wobei übrigens zu beachten ist, daß die einzelnen Stücke fast niemals in Beträgen unter oder zu 100, sondern in der Regel zu mindestens 1000 ausgesetzt werden. Zeitweise — besonders bei Versicherungsgesellschaften — werden die Preise auch einfach für das ganze Stück angegeben, so daß man den Nennwert kennen muß, um das Verhältnis vom Kurs zum Nennwert beurteilen zu können.

Die Kursfestsetzung muß der Willkür oder der schwindelhaften Beeinflussung möglichst entzogen werden, sie muß die Garantie der ordnungsgemäßen, genauen, von jedem persönlichen Interesse unbefangenen, amtlich kontrollierten Feststellung haben. Die Kursfeststellung darf sich deshalb nicht gründen auf Schätzungen, sondern nur auf tatsächlich abgeschlossene und angemessene Geschäfte. Deshalb muß das Börsengeschäft in seiner Art auch ganz genau festgelegt werden. Es muß klarstellend werden, in welcher Weise Geschäfte abgeschlossen werden dürfen in bezug auf die Stückzahl, in bezug auf die Lieferungsart, hinsichtlich der Lieferzeit. Alle Geschäfte müssen öffentlich abgeschlossen werden, sie müssen an bestimmten Stellen für bestimmte Effekten in einzelnen Teilen der Börse vorgenommen werden. Sie müssen bestimmten, hierfür geeigneten Personen zur Kenntnis gebracht werden. Es sollen im allgemeinen nur Geschäfte berücksichtigt werden, die durch die Vermittlung der vereidigten Kursmakler (man nennt sie auch Senfale, Courtier (sprich: Kurtsch), Agents de change (sprich: Aghang de schangsch) abgeschlossen werden, die verpflichtet sind, keine eigenen Börsengeschäfte für sich oder andere zu machen, und die durch einen Spezialantritt (oft Courtage, sprich: Kurtsch, genannt) für das abschlossene Geschäft entschädigt werden. Diese vereidigten Kursmakler stellen gemeinsam mit dem Börsenvorstand, dem Börsenkommissar und einigen weiteren von der Börsenordnung beauftragten Personen auf Grund ihrer Notizen den Durchschnittspreis fest, der dann als Kurs öffentlich bekanntgegeben wird. Der Börsenvorstand kann auch zur Feststellung der Börsenkurse die Geschäfte des freien Verkehrs, das heißt die nicht von den Kursmaklern vermittelten Umsätze, mit heranziehen.

Man spricht von dem Geschäft im Schranken und von dem Geschäft in der Kurllisse. Die Waller stehen in einem durch Schranken abgegrenzten Raum; die Geschäfte, die nur dann Geltung haben, wenn sie bei ihnen abgeschlossen sind, nennt man die Geschäfte im Schranken. Der Verkehr im freien Markt, wie man an der Berliner Börse sagt, oder in der Kurllisse, findet ohne Vermittlung der Waller statt. Der Verkehr im Schranken spielt sich unter Beobachtung der Kontrahenten ab, während der Verkehr in der Kurllisse ganz offen vor sich geht. Die Bedeutung des einen und des anderen Verkehrs hängt von der Ordnung der Börsen ab, wie weit sie überpaßt den freien Markt gestatten.

Die Händler, die ein bestimmtes Papier kaufen oder verkaufen wollen, treten zusammen; wer sich zu diesem Kreise gesellt, gilt auch als einer, der die gleichen Papiere

kaufen oder verkaufen will. Man ruft sich gegenseitig zu, daß man geben, das heißt verkaufen, oder nehmen, das heißt kaufen will, und wieviel man geben oder kaufen will, wobei die Preise gegenseitig gerufen werden und der Handel bei einem bestimmten annehmbaren Angebote in formloser Weise abgeschlossen wird. Es gibt für verschiedene Börsen besondere Gruppen für bestimmte Wertpapiere, die auch bestimmte Stellen auf der Börse haben. Alles geht sehr laut vor sich, und aus dem Stimmengewirr entwickeln sich die eigenartigen Börsengeräusche.

### Zum Parteitage der Sozialdemokratie.

Von dem am 14. September in Jena zusammengetretenen Parteitage der deutschen Sozialdemokratie sind trotz der etwas geschäftsmäßig anmutenden Tagesordnung beachtenswerte Beratungen und Entschreibungen zu erwarten. Im Gegensatz zu dem sonstigen Verlauf der Verhandlungen wird diesmal schon der Geschäftsbereich des Parteivorstandes zu einer kritischen Selbstbetrachtung Anlaß geben, indem zu untersuchen ist, was die Verlangsamung des organisatorischen Fortschrittes verursacht hat. Zum ersten Male seit dem Neuaufbau der Organisation bleibt der Mitgliederzuwachs des Geschäftsjahres — das diesmal übrigens nur neun Monate umfaßt — hinter den allseitig gehegten Erwartungen zurück. Er beträgt nur rund 19 000, und das ist gewiß bei nahezu einer Million Mitglieder kaum noch mehr als ein Stillstand. Diese unerfreuliche Erscheinung hat nun hier und da eine Erklärung erforscht, die uns allerdings ebenfalls stimmen müßte, wenn sie zuträfe. Man glaubt in diesem Stillstand, der obenbreit in vielen Wahlkreisen ein wirklicher Rückschlag ist, ein Anzeichen für das schwindende Vertrauen der Masse erblicken zu sollen. Die Gesamtsituation der Partei, nicht zuletzt die Haltung der Reichstagsfraktion im letzten Tagungsabschnitt, sei nicht dazu angehen, die Massen zu befriedigen und zu begeistern. Diese hätten nach dem glänzenden Wahlsiege eine höhere Haltung erwartet, hätten sich nun enttäuscht und ließen in ihrem Werberück nach.

Wenn eine solche Erklärung im allgemeinen auch sehr verfehlt ist, so ist sie doch wert, einmal etwas umgewandelt und gegen das Licht gehalten zu werden. Träfe es nämlich zu, daß die Masse enttäuscht sei, so dürfte man nicht der gesamten Partei und nicht der Reichstagsvertretung die Schuld daran beimessen, sondern einer Agitation, die in der Masse Hoffnungen lebendig werden läßt, die schlechterdings nicht in Erfüllung gehen können. Das zuweilen in einem solchen Sinne agitiert worden ist und noch agitiert wird, ist nun leider Wahrheit. Wenn man der Masse sagt, sie könne und solle jetzt den unmittelbaren Kampf um die Befreiung der ganzen kapitalistischen Ordnung aufnehmen, so kann es natürlich nicht ausbleiben, daß sie, wenn sie nicht weiter blind als solche Agitatoren, nachher enttäuscht ist, wenn sie vor der mageren Ausbeute eines parlamentarischen Tagungsabschlusses steht. Wenn man große Ansichten verbreitet, wie sie uns kürzlich in einem großen Orte bei der Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung vor Augen traten, wo man vorschlug, statt eine solche Unterstützung einzuführen, lieber Straßenkämpfe einzuleiten, so ist es natürlich nicht weiter verurteilbar, daß sich Enttäuschungen einstellen, wenn sich danach ergibt,

daß der politische Kampf seine gewohnten Bahnen zieht und uns nur Schritt für Schritt und in zäher Arbeit vorwärts bringt.

Aber es trifft ja auch gar nicht zu, daß die Masse enttäuscht ist. Die wirkliche Masse läßt solchen Wortschwall über sich hinwegrauschen, ohne sich mehr als für einen ständigen Augenblick davon bewegen zu lassen. Sie glaubt nicht an Wunder, weder an religiöse noch an soziale und politische, und der Beifall, den sie sich in solchen Fällen entlocken läßt, entspringt dem gerechten Zorn über ihre Unfreiheit und ihre Lebensnot, aber nicht dem Glauben an solche Ideen. Was allenfalls wirklich durch die Haltung der Partei enttäuscht ist, das sind Leute, denen man eine Kost bot, durch die sie die gesunde Klarheit ihrer Ansicht vom Weltgeschehen eingestüßt haben. Diese aber sind im übrigen viel zu gut und zu treu, als daß sie der Partei deswegen davonliefen — oder weniger für sie läten.

Mit solch gekünstelten Erklärungen kommt man nicht von Fleck. Die Wahrheit dürfte vielmehr woanders zu finden sein. Einmal sollte man die natürliche Unplanung noch ungewöhnlichen Kraftäußerungen als etwas in Bedenung stellen, das nicht allein für den einzelnen Menschen, sondern auch für Gruppen und Parteien gilt. Der Wahlkampf hatte für alle tätigen Mitglieder der Organisation, vom Reichstagskandidaten bis zum Flugblattverbreiter und schlichten Sammlungsbesucher erhöhte Anstrengungen gebracht. Es ist nur zu natürlich, daß danach einiges Ruhebedürfnis eintrat. Das können wir ja auch zuweilen nach großen und aufregenden Lohnbewegungen beobachten. Unter diesen Ruhebedürfnissen hat die Werbung neuer Mitglieder zweifellos gekostet, wie aber auch andererseits durch die vorausgegangene heftige Agitation vor und während der Reichstagswahl große Massen unorganisierter Arbeiter für die Partei gewonnen wurden, im Jahre 1911/12 allein rund 184 000, woraus sich ebenfalls ein Nachlassen des Aufstromes als ganz natürlich ergibt. Zum zweiten ist auch die politische Organisation nicht unabhängig von dem jeweiligen Stande der Wirtschaftsjunktur. Diese aber hat sich in dem letzten Jahre aufsehens verwickelt. Das Heer der Arbeitslosen wird gegenwärtig nach Hunderttausenden zählen. Die Ortskassenlosen Berlin verzeichneten rund 34 000 Mitglieder weniger als im vorigen Jahre, die Kassen Münchens zählten kürzlich gleichfalls 11 000 Mitglieder weniger; eine solche Verminderung der Beschäftigten kann an der Organisation der sozialdemokratischen Partei gar nicht ohne Wirkung vorübergehen. Auf diese Ursachen ist der Stillstand der Organisation zurückzuführen und nicht auf eine angebliche Enttäuschung der Massen.

Beim Geschäftsbericht soll auch die Frage des Massenstreiks und der Massenaktionen erneut angesprochen werden. Wir haben uns einer Kritik, die darauf hinweist, den Boden des parlamentarischen Kampfes zu verlassen, und die Lösung der sozialen Frage durch Generalstreiks anzustreben, stets abgeneigt gezeigt und hatten diese Bestrebungen auch heute noch für unmarxistisch und nicht weiter als eine proletarische Nachlässe des kleinbürgerlichen Aufschwungs. Unsere wissenschaftliche Erkenntnis der treibenden Kräfte im sozialen Geschehen sollte uns daher bewahren, ihnen nachzugeben. Etwas anderes freilich ist es, zu untersuchen, ob wir nicht der Massenaktionen bedürfen, um ein weiteres Feld des parlamentarischen Kampfes zu erobern. Die Prüfung dieser Frage wird uns gedrängt durch die Entwicklung oder vielmehr

und die Massen annehmen, die sie ihm guterkufen. Solche Menschen glauben dann edel zu sein, wenn sie von dem Reichthum, den ihnen die Armen geschaffen, mal ein Stückchen abheben. Und dann kommen noch jene, die sich die „Wespen“ dünken, weil sie die Wespen sind, die lamieren, wenn ihr Fliegenhauch weht, hat die aber kalt und gefühllos sind den menschlichen Gend gegenüber, dem sie fortwährend dem Wege gehen, um nicht unangenehm berührt zu werden.

So denkt er, und der alle Haß gegen diese letzte Seite und die Wespen lobt aufs neue genotig in seiner Seele auf. Ja, ja, denkt er, ich werde sterben, weil ich zu stolz bin, von der Gnade und Barmherzigkeit anderer Menschen zu leben. Die, die die Wespen sein wollen, die schämen sich nicht, auf Kosten der Armen zu leben. Wie traurig, daß die freizügig leben, die nicht tun, und die hungrig sterben, die arbeiten wollen. Und er hat den glühenden Wunsch, daß die Religion bald erfüllt werde, die die Erde denen berechtigt, die sie sich täglich verdienen.

Mit diesen Gedanken erhebt er sich und geht weiter. Er ist gar nicht mehr traurig, nur Hunger hat er. Er erinnert sich, wie er auch in seinen Wanderjahren manchmal hungrig war, wenn er, das Bündel auf dem Rücken und den Stiel in der Faust, von Stadt zu Stadt wanderte zur Winterzeit. Damals schritt die Hoffnung ihm zur Seite und die Wespen der Jugend sprachen um ihn. Er verließ sich im Glauben ganz in jene Zeit zurück. Wunderbare Gedanken und Wälder streuen auf aus vergangenen Zeiten; und Gedanken, die er in jungen Jahren durchreißt, erheben vor seinen Augen so farbenreich, prächtigen Gemälden. Bekannte Gesichter sieht er, junge, feine, lebende Gesichter. Er bewegt seinen Hunger und geht weiter, glückselig, ganz in Gedanken. . . .

Es ist Mittag. Auf einem Feldweg wandert der Mann, dem Waldbrand am See entgegen. Die Sonne sendet ihr blendendes Licht und ihre Wärme herab auf die Landschaft, die die Stimmung des Vergangenen atmet.

Wald hat er sein Ziel erreicht. Niebere Baumbeeren stoben ihnen am Wege mit ihren prägeren, schmarzigen Früchten. Der Alte bückt sich nieder und isst. Wie sie schmecken! Er leckt sich, pfiffend, lachend am Boden weiter und ist, bis er fast ist. Dann steht er auf und sieht in die Landschaft hinein. Er denkt an vergangene Zeiten. Seine Wälder überkommt ihn, Freude und Schmerz zugleich. Er hat das Verlangen, möglichst lange diese Gefühle zu erhalten und dann zu sterben. Dann denkt er an die Wälder, an die Stadt, die ihn so lange mit eisenen Strahlen umringt, an die über dunkle Städte und an den Gift auf dem Fensterbrett. Und er schauert zusammen. Er möchte nicht zurückkehren!

Eine Weile steht er mit geschlossenen Augen, dann geht er und legt sich unter einen Busch von Erlen und Weiden. Er will wachend träumen, doch bald schläft er ein. Er träumt von seiner Kindheit — lange — lange. . . .

Als er erwacht, ist es Abend. Lieber dem See steht die Sonne, groß und rotgelb wie eine feurige Kugel. Und hinter ihm leuchtet. Edelweiss Wälder fallen vom Busch, fast und geträumt und mit leiser Musik. Ein Hauch von Wärme geht durch die Natur und weckt in ihm unendlich seine Stimmungen. So, wie er sie nur in seinen frühesten Kinderjahren empfunden.

Auf einer Lichtung lag er mal zwischen Wäldern. Wälder, braun, gelb und rot, stießen von Erlen, Buchen und Eichen auf ihn und um ihn wieder. Ein Weinen in seiner Seele murmelte seine einwärtige, melancholische Weile, und die ganze Luft ringsum war erfüllt von den melodischen Klängen der Herdenglocken. Er pfiff die Weile, die um ihn blühten und sah dabei gedankenvoll über den Wald hin in die unendliche, bläulich veräbbende Weite. Da träumte er von einem großen, kommenden Glück. Über der Welt umwehte ihn Wälder fielen und Ketten blühten. Durch das Land schlich weinende Weinen und die Natur lag im Sterben.

Ganz deutlich sieht er die Gegenwart, ganz heilig durchleuchtet er wieder alle jene unendlich seinen Empfindungen:

der seligen Jugend, der freudigen Hoffnung und der Weh, mit des Schwelms. Da läßt er die Stimme seines Vaters. Lieber den Wald her, vom Kopf herauf ruft er seinen Namen — ganz wie damals. Und er steht auf und geht und träumt vor sich hin — wie damals. Und der See ist ihm die blaue Weite, worauf sein Vater steht. Weißlichlichter steht er mit langem Bart und herabhängenden Armen und erwartet ihn. Er aber geht ihm entgegen — wehmütig.

Im See, wo sichtbar die rotglühende Sonne verbrant, verfinstert auch er. . . . Durch die Wälder am See geht's wie traurige Symphonie vom Sterben singt.

H. Ellinger.

### In einem „Dichter“.

Wir erhalten sehr häufig Gedichte von Berufsleuten, von denen viele nicht eingeschalt werden, wenn nicht die Einförmigkeit ihrer dichterischen Gaben ganz bedeutend überflüssig ist. Nicht selten kommen ihnen schon die Begleiterscheinungen der dichterischen Tätigkeit entgegen, so daß man sich fragt, warum denn die Dichter überhaupt dichten, wenn die deutsche Sprache richtig lernen und sich in der guten deutschen Prosa üben, ehe sie den Beglückten bestiegen. Da neben erhalten wir auch manche Gedichte, die aber doch die Dichterfähigkeit noch nicht betragen. Die Einförmigkeit solcher Gedichte bedingt manchmal nicht verstehen, warum wir die Dichter überhaupt abhören, und es geht nicht an, ihnen das jedoch auf das seltsame und breiten mitzuteilen. Kürzlich wandte M. W. in i g mit der Bitte, ihm doch bei der Herausgabe seiner Gedichte beistehen zu sein. Er teilte mit, er habe sich schon an die Vorarbeitenbuchhandlung in Berlin gewandt, die ihm erwidert habe, seine Gedichte seien für eine selbständige Schrift zu kurz. Eine andere Buchhandlung brachte eine andere Antwort, aber die Wahrheit über

ren Be-  
von Be-  
len, wie  
in der  
Fater,  
fällig-  
um Risi-  
ist wird,  
schichte.  
merren  
gen res-  
ilt., das  
und sig-  
unfähr-  
spiel bei  
ie zum  
beginnen,  
gewesen  
gen hini-  
gen, bis  
war, wie  
(man  
Waren-  
aus höri-  
en war,  
eines da-  
das Er-  
z, daß  
de, daß  
G be-  
re reali-  
bz. fe-  
haben.  
und keine  
daß die  
dartholge  
preis-  
Berliner  
Wirt, an  
it stalt.  
an der  
Rigistell.  
Kurs-  
eintungen  
prophet,  
sicht zu-  
de neuer  
eintungen  
in Kurs-  
rig. Es  
steht in  
und geht  
wegen zu  
Däumen  
läßt er  
die dort  
an dem  
Berliner  
id freid  
en freid  
en. Als  
Schiefel  
waren  
erwin-  
abstrah-  
müssen  
ren, die  
sich bis  
hoben  
das Ged-  
nicht  
über in  
als-  
diesen  
de noch  
er, wie  
es im  
im die  
Wit-  
sonnd  
er, ke-  
ermet  
at. er  
in der



Stichtentzündung der preussischen Verfassungsfrage. Sie hat die Arbeiterklasse vor einer hochbedeutenden aber auch schwierigen politischen Entscheidung. Die preussische Verfassung von 1850 ist, was heißt durch die gegenwärtige Regierung von den Parteien, erstens unvollständig. Die Partei ist eine einseitige und unvollständige Verwirklichung mit der einzigen parlamentarischen Partei, die ebenfalls eine Verwirklichung in parlamentarischer Form erreicht, gänzlich noch als, weil aus grundsätzlichen Gründen, weil auch dieser Weg keine Möglichkeit zur Verwirklichung bietet. Zweitens die Partei bei dieser Gelegenheit, so heißt sie allerdings vor der Wahl, erwerbe die Dinge in Preußen sich selbst zu überlassen, aber die Wähler aufzurufen. Das erste kann sie nicht. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist zu hart, als daß sie den Wähler ihren Lauf lassen könnte, sie ist mit ihrem Willen an der Verwirklichung der Verfassung und ist es sich selbst schuldig, die Entwicklung einzuleiten und planmäßig vorwärts zu treiben. Eine Verwirklichung mit dem Einverständnis des Reiches und zu diesem Zweck unvermeidlich, und es ist nicht einzufügen, warum man hier grundsätzliche Bedenken haben sollte, nachdem man sie bei der Verfassungsfrage überwinden und dabei gute Ergebnisse gemacht hat. Das ist jedoch Sache der preussischen Sozialdemokratie, wie man dieser schließlich auch die endgültige Entscheidung über die Verwirklichung überlassen möchte. Werden solche für notwendig und zweckmäßig erachtet, so kommt es darauf an, sie in aller Ordnung und mit höchster Beachtung zu organisieren, damit der Erfolg, wenn er getan werden muß, dem Gegner und nicht die Arbeiterschaft selbst ist.

Der Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion wird in Verbindung mit der Behandlung der Steuerfrage gegen, ob der Parteitag die Haltung der Reichstagsfraktion zu den Wahlen und Redaktionsverfahren billigt. Daran ist wohl kaum zu zweifeln; aber es wäre insofern zu wünschen, daß es mit Überwindung der Verfassung durchgeführt werden könnte, die die Verwirklichung der Verfassung unmöglich war, die Verwirklichung der Verfassungsänderungen zu verhindern, da alle bürgerlichen Parteien sie zu unterstützen. Die Verwirklichung der Verträge der Regierung war entscheidend, als der Reichstag noch die Verträge gesehen hatte. Ein diesem Hebel war also nichts zu ändern. Trotzdem hat es die Fraktion nicht an entscheidenden Stützpunkten festhalten lassen; ihre Weigerung, Nothwehr, Danks und andere haben ihre Kräfte gänzlich geschwächt. Bei solcher Sachlage war die Politik der Fraktion eigentlich von vornherein gescheitert, daß sie folgen mußte, die Listen der neuen Wählungen auf die Schultern ihrer zu legen, die sie forderten und bewilligten. Das hat sie getan und das ist ihr gelungen, und dafür hat sie nicht nöthigende Kritik, sondern offene Anerkennung verdient. Es ist mir vollkommen, daß überhaupt Gewissen gibt, die darin eine Preisgabe sozialistischer Grundsätze erblicken. Man beruft sich auf den „Grundriss“: diesem System keinen Mann und keinen Grundriss! Nun ist dies aber nie ein entscheidender Grund der sozialdemokratischen Partei gewesen, das Wort stammt vielmehr von dem verstorbenen Führer der Freiwillichen, von Eugen Richter, der im gewöhnlichen Lauf der Dinge gerade nicht als der unfehlbare Interpret sozialdemokratischer Grundsätze angesehen wird. Gleichwohl hat diese Formel

immer für die Partei gegolten. Aber es war eben nur ein Grund, ein Schlagwort mit allen Wünschen und Sorgen eines Volkes. Dieses System keinen Grundriss das war selbstverständlich, so lange es geheimer Brauch der Reichsregierung war, die Rechte der Wählungen durch mittelbare Steuern, und vornehmlich durch Steuern auf Verbrauchsgegenstände der großen Masse anzubringen. Dieser wirtschaftliche Brauch des Reichstages ist durch den Ausschluß der letzten Wahlen gebrochen, die Zusammenfassung des Reichstages hat die Möglichkeit, andersherum zu bestimmen und die Entscheidungen zu lassen, die sich bisher sorgfältig durchgedacht hatten und darum unumkehrbar für alle Verfassungsänderungen der Regierung eintraten. Aber diese Möglichkeit bestand doch nur, wenn die 110 Sozialdemokraten des Reichstages ihre Stimmen für die Verwirklichung in die Waagschale legten. Dann ist es nicht und letzten Fe dem Gegenwärtigen diese Stimmen würde auch Verwirklichung, so können sie zusammen mit den Sozialdemokraten und dem bürgerlichen und christlichen Flügel des Reichstages soziale Überhaupt unumkehrlich gemacht und der Regierung und den bürgerlichen Parteien freie Bahn für absonderliche Behandlung der Armen durch Verbrauchssteuer bieten.

Wir vermögen kein Leben Wähler nicht einzufügen, in welchem eine solche Haltung grundsätzlich zu rechtfertigen gewesen wäre. Das Programm der Partei fordert ausdrücklich Verwirklichung; diese Forderung heißt doch lediglich nicht nur das höchste Ansehen wegen dort, sondern um sie durchzuführen, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet. Man darf man freilich, die Verwirklichung der Verfassung laufe auf eine Verwirklichung des parlamentarischen Systems hinaus. Das heißt die Sachlage denn doch allen einseitig angefaßt. Die Verwirklichungen waren bewilligt, da war weder noch etwas zu fordern, noch zu verlangen oder zu verhindern, Wähler hätte sein gut. Aber um etwas anderes handelt es sich, nämlich darum, den bewilligungsberechtigten Herrschaften die Forderung an weiteren Bewilligungen etwas zu dämpfen. Und wenn dies überhaupt möglich ist, so nur dadurch, daß man sie zahlen läßt. Die Zukunft wird es zeigen, daß die Politik, die jetzt zu gehen, weit mehr abhänkt auf die Bewilligungsumstände werden wird, als unter besten Protestveranstaltungen und Demonstrationen — wenn anders die materialistische Gesellschaftslehre recht hat, daß das Ziel und Denken der Menschen vornehmlich durch die materiellen Verhältnisse bestimmt wird. Die lauten Schreier nach Verwirklichung der Verfassung werden ihre Wähler mehr im Zaume halten, wenn sie wissen, daß sie danach in die eigene Tasche greifen müssen. So ist es der Weg zur Einschränkung der Wählungen geht nicht durch den Friedenspalast im Haag und auch nicht durchs Wasser Minister, sondern durch die Finanzbudgets der großen Militärdiplomaten!

Der Parteitag hat sich auch wiederholt, wie alle Jahre, mit der Majorität zu befassen. Insofern Grundriss darf an der Verwirklichung des Grundgesetzes für die ohne Selbstverleugern Mitglieder nicht gerührt werden, solange die Arbeiterschaft besteht. Es erscheint uns geradezu unbillig, als Angehörige der Organisation, die aus der Arbeiterschaft keinen Schaden zu erwarten haben, für die Arbeiterschaft einzustehen, also den Arbeitern den Verdienstausschlag und das Mißtraue der Abregung zu gewinnen, selbst aber den Verdienst für diesen Tag in die Tasche zu stecken. Was dabei für die

Angehörigen der Partei gilt, muß auch für die Angehörigen in anderen Bureaus gelten, soweit sie Mitglieder der Partei sind. Jederzeit darf es da nicht geben. Die Frage der Arbeiterschaft ist, in der unsere Stellung genaugen kommt ist, wird den Parteitag nicht beschließen.

Es ist ein guter Gedanke, daß Vorstand und Ausschuss der Partei dazu kommen, die Frage der Arbeiterschaft für die Sorge mit auf die Tagesordnung zu setzen. Wir geben einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Bedingungen entgegen. Heute schon sind einige Hunderttausend Arbeiter ohne Verdienst. Der heranrückende Winter wird das Leid noch weiter verschärfen. Zwar haben die Vertreter der Sozialdemokratie in den einzelstaatlichen Parlamenten wie in den Gemeinden schon bisher immer für die Unterstützung der Arbeitlosen gewirkt, aber es wird sicher keine guten Folgen haben, wenn der Parteitag noch einmal den Eifer wieder ausschüttet. Was im Frühjahr unser dringender Wunsch zu dieser Stunde ist man müsse überall davon denken, daß es so allen darauf ankommt, gewinnbare Vorteile zu erzielen und weniger, wirksamen Agitationsstoff zu schaffen. Den Wähler wird reichlich und überreichlich, aber am Besten für die Arbeitlosen heißt es und wird es im Winter noch mehr heißen.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird dieser Parteitag ein weiterer Schritt zur Ausbildung und Festigung eines neuen und selbständigen sozialdemokratischen Politik sein. In dieser Erwartung begrüßen wir ihn mit herzlichster Sympathie.

Der Generalfreist der Chartistenbewegung in England.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat die englische Arbeiterbewegung eine außerordentlich interessante Entwicklung durchgemacht, die ein zieliges Ausweichen der Anfangsperiode und auch eine Reorganisation in der Reifeperiode zeigt, wie sie in der Zeit in der englischen Arbeiterbewegung bisher nicht wiederkehrt ist. Es ist ein interessantes Geschichtsbild, das uns eine Zeit vorführt in der die Arbeiterbewegung im neuen Zeitalter und neuen Klänge klängen. Insofern ist es ein außerordentlich interessantes Gruppenbild und hat getrieben wurde als ein vollkommenes Zusammenwirken. Genosse M. Beer, der lange Zeit in England lebte, hat sich der sehr verdienstvollen Aufgabe unterzogen, in seinem Werk: „Geschichte des Sozialismus in England“, eine eingehende, mit vielen wichtigen Material angefüllte Schilderung dieser so wichtigen Epoche der Arbeiterbewegung in England zu geben, wie in dieser Welt für deutsche Leser nicht gegeben wurde.

Die Chartistenbewegung hat ihre Organisation nach einem Programm „Charte“, das in fünf zusammengefaßter Form die politischen Forderungen der Arbeiter zeigt, insbesondere die Gleichberechtigung in der parlamentarischen Vertretung forderte. Das englische Parlament hat sich bis 1832 fast ausschließlich in den Händen der Grundbesitzer, die diese Rechte die Arbeiter durch Einführung der Kerngröße unangenehm finden ließen und zur Sicherung der irdischen sozialen Verhältnisse, in denen sich die englischen Arbeiter befanden, nichts unternahm. In

seine Gebiete legte ihn niemand. Halbes Wimmig gab ihm nun die nachfolgende Antwort, die wir mit Wimmig'schen Gedanken abwandeln, weil sie auch für viele unserer Verbandsmitglieder beherzigenswert ist:

Meiner Genosse!

Sie haben mir Ihre Gedichte vorgesamt und mich erjuchelt. Ihnen einen guten Rat zu ertheilen, wie Sie sie am besten verwerten und unter das Volk bringen können. Ich könnte mir nun auch die Sache ebenso bequem machen wie die Genossen in Berlin oder in London und Sie mit irgendeinem anderen Genossen anfertigen. Ich würde Ihnen das Ganze sei zu kurz, um als vollständige Gedichte erscheinen zu können, aber die Dichtungen würden zu hoch werden und noch diejenigen kluge formale Umstände mehr wären. Das alles kann ich Ihnen schreiben und Sie die Ihre kann erheben. Aber ich will mit gern die Ihre lesen, wenn Sie es erlauben, warum die Gedichte nicht veröffentlicht werden können und weil Ihnen mit allem Freutun sein, was die Gedichte wert sind, selbst auf die Gefahr hin, daß Sie mir darum großen und Ihre Achtung entgegen. Wenn Sie aber ein verständiger Mensch sind, werden Sie mir, wenn auch nicht gleich, so doch oder später einmal helfen, daß ich Ihnen endlich die Wahrheit gesagt habe. Und diese Wahrheit ist für Sie doch bitter; ich spreche aus Erfahrung; kann auch ich habe sie angenommen und aus ihr lernen müssen. Ihre Gedichte dürfen nicht gedruckt werden, wenn man sich nicht gegen den heiligen Geist der Zeitgenossen in Berlin oder in London stellt. Wenn ich mit Ihnen sprechen könnte, so würde ich Ihnen Gründe für Strafe zeigen; und Ihnen die Mängel zeigen; da ich auch auf die schriftliche Verhandlung angewiesen bin, so will ich mich auf einige Worte beschränken und die beiden, die die Herzen bewegen könnten. Da heißt es gleich im ersten Verse in der zweiten Zeile:

„Was hat die Hölle hinter so feindlich und böse?“

Was hat sie hinter? So heißt man nicht einmal, nach drei Versen darf man zu dichten. Was sagt das

hinter sie. Nun und hinter sind zwei Beiwörter, man darf aber nur ein für denselben Begriff anwenden; vor es anders heißt, heißt damit, daß er die Sprache nach dem ersten H. den anderen Heim zu beschreiben. Dann verglichen Sie die zwei ersten Zeilen der fünften Stroche:

„Bessere Männer stellen sich mutig in die Welt, Pro gloria et patria soll unsere Lösung sein.“

Abgelesen haben, daß es nicht unsere, sondern die Lösung jener besseren Männer von Anno 14 sein sollte, fordern Sie einmal auf den Klang der beiden Beiwörter. Sie nicht, daß die zweite Zeile einen Auf, aber dunkler: eine Welt? gut? Hölle? Sie es, kann es es gut, Hölle es es nicht, denn Hölle ist das was werden können, weil Hölle kein Hölle sind und nie einer sein. Gehen Sie aber das Gefühl, so werden Sie sicher auch fühlen, welche Hölle gut ist, nämlich die Hölle in dem Wort patria. Solcher Verträge gegen die christlichen Gesetze werden Sie sehr viel; jenen Sie selbst nach weiteren. Dann fallen Sie aber auch noch einem Versmaß ins andere. Während die fünfte Zeile zum Beispiel auf 13 Silben paßt, heißt die sechste auf 18. Das darf man nicht! Wohl darf man in einem Gedicht aus einem Versmaß ins andere übergehen; aber dann muß das aus innerem Grund gegeben und künstlerisch gerechtfertigt sein. Wollen Sie ein solches Beispiel dafür haben, wie man das Versmaß wechseln kann, so lesen Sie „Die Erde“ von Schiller, die Redezeit ein gutes Beispiel ist. Je weiter ich nun in das Gedicht entzogen je charakteristischer erweist mir die Hölle, so etwas werden zu lassen. Wenn Sie doch sich einmal die zwei ersten Verse auf der zweiten Zeile der ersten Vers Zeile in gedruckter in der sechsten Zeile, so überläßt Ihnen und nicht in es. Dann weiter die Hölle:

„Was die Hölle dort eignes, das kommt in die Welt.“

So dürfen die Höllefänger auf den Höllefänger fragen; wollen Sie als lommige Hölle gelten? Sie wollen natürlich als ein jurchziger erster Anführer dastehen. Was nach ein Beispiel, das Ihnen zeigen soll, daß auch die 13 Silben allein noch nicht genügen, um wenigstens äußerlich richtig zu gehen:

„Auf das Volk wurde geschossen, als ob's eine Welt war.“

Sie muß man dem Sprachgebrauch zuwider die zweite Zeile im Verse „wird“ unnatürlich klingen; sein Dichter, der er nicht soll, nur so stoisch.

Nun mögen Sie denken, solche formale Verträge gegen Kunstregeln sind doch nicht, daß infallibel sei das gut und die Reizung sei doch überwindlich. Aber ist die andere Meinung nicht viel richtiger, daß unsere gute Sache um ihrer Sache willen auch nur in künstlerisch einwandfreien Form herbeiführen werden darf? Wollen wir nicht solche Hölle überleben können den uns weihen, um nicht die Hölle zu sein, sondern die Hölle zu sein? Das Hölle Gedicht würde ich es hier bedauern, wenn Sie weiter die Gedichte, diese Gedichte zu veröffentlichen, und dem Verfasser, der Ihnen dazu verhilft, würde ich die ewige Vergeltung auf den Hals schicken.

Wenn Sie meinen, daß Ihnen helfen, so ist es der Beginn Sie weiter, lesen Sie gute Verse und gute Gedichte, nicht in der Hölle, die Dichtern ihre Gemeinheitspflichten fordern; wenn Sie in dem Streben, die Gedichte besser zu machen, so werden Sie auch die Gedichte besser machen und Ihnen immer als Vorbild vor Augen stellen. Aber glauben Sie mir: es ist sehr schwer, als unvollständiger Mensch zu werden, die demselben Charaktereigenschaften hat, wie man immer weitergeht, den man immer weitergehen kann. Das ist es, was man sein will. Sie diese Gedichte in einem Buche, das Sie schreiben oder drucken lassen, das heißt, in dem man immer weitergehen kann. Das heißt, in dem man immer weitergehen kann.



Jugendliche und 3 (4) Knaben. Demnach entfällt, was in der Natur des Baugewerkes liegt, die überwiegende große Mehrheit der Arbeiter auf die über 16 Jahre alten männlichen Arbeiter, neben denen nur die Kategorie der Jugendlichen noch einige Bedeutung besitzt. Von Interesse ist die gegenwärtige Entwicklung der Arbeiterkategorie in beiden Gruppen. In der ersten Gruppe erfährt diese eine erheblichen Wüdigung, in der zweiten Gruppe eine relativ ebenso erhebliche Vermehrung. Immerhin ist sie doch nicht nur in der Bedeutung, sondern auch in der Beschäftigung nicht erheblich, welcher Art die Arbeit dieser Frauen im Baugewerke ist. In der vorerwähnten Statistik nicht zum Ausdruck kommt der im Oppelner Bezirk konzentrierte Wüdigung der Arbeiterinnen auf Bauten um 1650 infolge des Verfalls ihrer ferneren Verwendung, das die Gewerkschaftsvereine mit dem 1. Januar 1910 gebrocht hatte.

Im Anblich daran führt der Oppelner Berichtshalter aus, daß die Anfichten der Gerichte und Untereinstellen einzellich sowie der Aufsichtsbearbeiter anderseits darüber auseinandergehen, was unter dem Transport von Materialien bei Bauten zu verstehen ist. Ein Bauunternehmer zum Beispiel, der die großen Plastersteine auf den Straßen von Arbeiterinnen führen, zu einem Hausen führen und dann an ihren Bestimmungsort bringen ließ, wurde sowohl vom Schöffengericht als vom Landgericht freigesprochen, weil die Gerichte in der bezeichneten Arbeit keinen Transport von Baumaterial erblickten. Umgekehrt haben die Gerichte das So und Erhalten der Transportwagen in Riefenarbeiten, trotz hier vielfach Arbeiterinnen Verwendung, nicht als Transportarbeit im Sinne des Gesetzes angesehen. Das Oberlandesgericht hat in drei Fällen eingehende Revision verworfen. Der Gewerkschaftsleiter wünscht zur Berichtigung der beteiligten Kreise recht bald eine Klärung des Begriffs „Transport von Materialien bei Bauten aller Art“ durch das Reichsgericht. In der Tat, ein ungelöstes schwieriges Problem, so schwierig wie das Verhältnis des Öl des Kolombus. Wir meinen, daß es sich in den angeführten Fällen um Arbeit handelt, die aus unangelegener Praxis erwachsen ist, die aus ethischen Gründen nie im Hinblick auf die guten Sitten berufen werden sollte. Die pflichtigen Kapitalisten müssen nur männliche Arbeitskräfte für solche schwere Arbeiten heranziehen und ordentlich bezahlen, dann müssen die Arbeiterinnen überaupt nicht gesundheitlich ruinöse Gewerkschaft nachgehen.

**Rebilitiert:** wurden 1619 Betriebe mit 50 682 Arbeitern der ersten und 252 Betriebe mit 6302 Arbeitern der zweiten Gruppe. Diese Zahlen stellen ein angesprochenes Verhältnis gegenüber den rechnerischsten Betrieben innerhalb der Sonntagsarbeit im Baugewerke erhalten man aus mehreren Bezirken, daß sie erheblich geringer ist. Im Arnberger Bezirk betrug die gesamte Sonntagsarbeit von 60 725 Stunden in 1911 auf 148 143 in 1912, waren hauptsächlich die Großindustrie und das Baugewerbe beteiligt waren. Die Zunahme der Sonntagsarbeit im Baugewerbe rührt namentlich davon her, daß den Untereinstellen für die Verlegung der Röhre bei Gamm und für den Bau des Siphon-Systemes zur Förderung der Arbeiter von Gintz des Winters im Jahr Sommer 12 800 Arbeitsstunden betrieblig wurden. Auch im Schlesinger Bezirk war hauptsächlich das Baugewerbe an den 19 054 (1911: 12 009) sonntägigen Arbeitsstunden beteiligt. Im Königsberger Bezirk wurde ein Bauunternehmer wegen Nichtausführung der schriftlichen Lohnbelege mit 3 polizeilich bestraft. Der Potsdamer Bericht erwähnt die anfängliche Weigerung des Bundes der vereinigten Arbeitgeber der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Brandenburg, eine Arbeitsordnung zu erlassen, weil die Arbeitsbedingungen bereits durch einen Tarifvertrag geregelt seien. Er hat dann aber eine Arbeitsordnung für alle ihm angehörenden Baugewerke ausgearbeitet.

Das ist in der Hauptsache alles, was die 344 Beamten und Beamten der preussischen Gewerkschaften über das so bedeutende und umfangreiche Baugewerbe zu berichten haben. Von Bau- und Geschäftskontrolle, von eingehender Beobachtung von Bauwällen, deren in großer Zahl und darunter viele tödliche vorgekommen sind, keine Spur. Es liegt nun in ihrer Beziehung in der Praxis das „sozialpolitische Problem“ in der Beziehung zum Sozialpolitiker, der gerade in Bezug auf den Bauarbeiterstand, noch im empfindlichen Zustand, so daß das Vereinsgesetz der arbeitsteiligen Kapitalistischen Schmarotzer als der strepfolche Humberg erscheint. Nicht zuelet Sozialpolitik haben wir, und insbesondere nur haben allein Grund, zu sagen: Her mit dem Bauarbeiterstand!

**Weitere Berichte über die Baukonjunktur.**

Nachstehend drucken wir den Rest der noch eingegangenen Konjunkturberichte ab. Mehrere Zweigvereinsvorsände haben unsere Anfrage auch bis heute noch nicht beantwortet. Es läge nahe, anzunehmen, daß sie das deshalb nicht getan haben, weil in ihren Gebieten eine gute Bauwirtschaft herrscht, auf die sie die anderenorts arbeitslosen Kollegen nicht aufmerksam machen wollen. Allein, diese Annahme wäre irrig. Wir haben noch in den letzten Tagen Berichte aus Zweigvereinen erhalten, in denen die Konjunktur nicht

weniger als gut ist, und von einigen der noch ausstehenden Zweigvereine ist uns außerdem bekannt, daß sie eine schlechte Bauwirtschaft haben. Es liegt also bei den ständigen Berichten wohl ausnahmslos eine großartige Bauwirtschaft vor.

**Schlesien.**

Aus Posen wird mitgeteilt, daß infolge des Berichtes im „Grundstein“, in dem in zwei bis drei Wochen eine bessere Bauwirtschaft im Ausicht gestellt wurde, ein starker Zuzug nach Posen eintrat. Der Zweigvereinsvorsand macht darauf aufmerksam, daß in Posen immer noch eine starke Bauwirtschaft herrscht und daß keine von einer besseren Bauwirtschaft noch nichts zu merken ist.

In Posen herrscht noch ein außerordentlich wenig Arbeit vorhanden. Die Wohnung, nach Abschluß des Vertrages würde sich die Konjunktur heben, ist leider zu Wasser geworden. Bis zum Monat Mai war in Bromberg die Hälfte aller Maurer und Hilfsarbeiter arbeitslos oder sie mußten in anderen Orten ihrem Verdienst nachgehen. Nach einer Baustellenkontrolle waren in der Zeit vom 14. bis 19. Juli 586 Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter auf 26 Bauten und Zimmerplätzen beschäftigt, während hier rund 1000 Maurer, Hilfsarbeiter und Zimmerer in Frage kommen. Die anderen Bauarbeiter waren anderorts beschäftigt oder arbeitslos, und das in der Zeit, in der sonst hier Hochkonjunktur ist. In Rakel, Grün, Pritzsch, Schubin u. a. ist die Arbeitslosigkeit gleichfalls sehr hoch. Eine regere Bauwirtschaft ist in diesen Orten auch für den Herbst nicht zu erwarten. Eine Ausnahme macht nur G. u. M. i. Wehr, und Sch. u. i. Wehr. In diesen beiden Orten werden infolge der neuen Militärverträge Kasernebauten ausgeführt, die in den nächsten zwei Jahren wohl auch noch eine zufriedenstellende private Bauwirtschaft zur Folge haben werden.

In Breslau war die Bauwirtschaft im Jahre 1911 normal. Das Jahr 1912 brachte einen günstigen Wüdigung, der schon zu Beginn des Frühjahres einsetzte und sich dann beruhte. Da nur 2 1/2 Wohnungen fertiggestellt, so läßt sich die schlechte Konjunktur nur auf die Selbstknappheit zurückführen. Industrie gibt es in Breslau nur wenig, deshalb beschränkt sich die Bauwirtschaft in der Hauptsache auf den Wohnungsbau. Dieser liegt wieder vorwiegend in den Händen von sogenannten Aufwüchsen, die bei den bestehenden hohen Geldpreisen nichts beginnen können. Die städtische Bauwirtschaft ergibt sich aus folgendem: Im Jahre 1911 wurden 222 Bauten begonnen, 1912 waren es noch 185 und bis Ende August dieses Jahres sind eingangs 57. Bei den regelmäßigen Baustellenkontrollen wurden vorgefunden: im Jahre 1911 1761 Maurer und 1514 Hilfsarbeiter, 1912 1841 Maurer und 1388 Hilfsarbeiter, 1913 919 Maurer und 866 Hilfsarbeiter. Da unsern Kollegen infolge Mangels an Industrie jede andere Arbeitsmöglichkeit fehlt, trat eine derartig große Arbeitslosigkeit ein, wie wir sie nur noch aus den Jahren 1878 und 1879 kennen. Zur Arbeitslosenkontrolle meldeten sich bis Ende August im Jahre 1911 588 Maurer, 1181 Hilfsarbeiter, 337 Einfluhrer, 1912 1011 Maurer, 2284 Hilfsarbeiter, 288 Einfluhrer und 1913 880 Maurer, 5899 Hilfsarbeiter und 938 Einfluhrer. Wenn nicht ein Teil der Kollegen in der Provinz zu erheblich niedrigeren Löhnen ein Unterkommen gefunden hätte, wäre die Zahl der Arbeitslosen noch bedeutend größer. Da größere kommunale oder städtische Bauten nicht vorliegen, kann sich bei der gegenwärtigen Zustand nur ändern, wenn auf dem Gebiete eine Besserung eintritt. Die Arbeitslosigkeit an sich können wir jedoch nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit einschränken.

Heber die Bauwirtschaft in Pommern scheidet uns der Bezirksausführer. In Pommern war die Arbeitslosigkeit im allgemeinen nicht schlecht. Obwohl Othen sehr früh fiel, konnten sich dennoch die meisten Bauhandwerker „überlebend“ erhalten. Die günstige Wüdigung und der bevorstehende Abgang der Kräfte beanspruchten einen früheren Arbeitsbeginn. Im April und Mai trat eine empfindliche Einodung ein, die teils durch die Tarifbewegung, überwiegend aber durch Materialmangel hervorgerufen wurde. Die Winterarbeiten waren aufgeschoben, März, April und der halbe Mai brachten faste Nachträge, so daß die Arbeiter nur zögernd an die Arbeit gehen konnten. Die Zinssätze in P. u. G. hat die Bauwirtschaft sehr in die Einodung eingetrennt. Die Verkauftungen sind nicht gut. In Straßburg und in den letzten Jahren hat hervorgerufenen Spekulationswüchsen nach. Die Erbauung des Teils. Diese Arbeit kam aber nur langsam in Gang, so daß eine ganze Reihe Kollegen wachsenden Jahren mußte. Im Kreise Franzburg kam die Arbeit erst im Beginn des Mai voll in Gang, heute kann aber so ein, daß durch einen starken Zuzug von Arbeitskräften aufnehmen konnte. Der Herbst verspricht dort gut zu werden. Während dieser hier die Firma E. u. M. i. Wehr durch starke Rekrutierung und Lohnrückere. Der Kreis Grimmen hat in den letzten Grimmen, daß Teils und deren Landgebiet volle Beschäftigung. In Greifswald läßt die Bauwirtschaft nicht nach. Gegen Ende 1912 und Anfang 1913 gab es einige Beschäftigungswüchsen. Bis in den Mai hinein war ein Drittel der Leiharbeiter ohne Arbeit. Der Bau der vorkriegsartigen Stadtkasse wird von einer Charlottenburger Firma von deren Bauten noch nicht angenommen werden. Im Kreise Greifswald zeigen Gültzig, Rastau und Wolgast gute, aber leider hat einsehende Arbeitslosigkeit. Der Kreis Anklam bietet in Stadt und Land reichlich Arbeit; auch im Bezirk selbst es so zu bleiben. Zuzug kam aber nur vereinzelt angenommen werden. Im Kreise Demmin wurde die

Arbeitsaufnahme in den Bezirken Demmin und Trepow a. d. N. verzögert, dafür ist jetzt reichlich zu tun. Geben begann zeitig mit der Arbeit, jedoch ist hier seit Ende Juli nahezu ein Drittel der sonst lüngen Arbeitskräfte entlassen worden.

Die Zinssätze in P. u. G. hat die Bauwirtschaft sehr in die Einodung eingetrennt. Die Verkauftungen sind nicht gut. In Straßburg und in den letzten Jahren hat hervorgerufenen Spekulationswüchsen nach. Die Erbauung des Teils. Diese Arbeit kam aber nur langsam in Gang, so daß eine ganze Reihe Kollegen wachsenden Jahren mußte. Im Kreise Franzburg kam die Arbeit erst im Beginn des Mai voll in Gang, heute kann aber so ein, daß durch einen starken Zuzug von Arbeitskräften aufnehmen konnte. Der Herbst verspricht dort gut zu werden. Während dieser hier die Firma E. u. M. i. Wehr durch starke Rekrutierung und Lohnrückere. Der Kreis Grimmen hat in den letzten Grimmen, daß Teils und deren Landgebiet volle Beschäftigung. In Greifswald läßt die Bauwirtschaft nicht nach. Gegen Ende 1912 und Anfang 1913 gab es einige Beschäftigungswüchsen. Bis in den Mai hinein war ein Drittel der Leiharbeiter ohne Arbeit. Der Bau der vorkriegsartigen Stadtkasse wird von einer Charlottenburger Firma von deren Bauten noch nicht angenommen werden. Im Kreise Greifswald zeigen Gültzig, Rastau und Wolgast gute, aber leider hat einsehende Arbeitslosigkeit. Der Kreis Anklam bietet in Stadt und Land reichlich Arbeit; auch im Bezirk selbst es so zu bleiben. Zuzug kam aber nur vereinzelt angenommen werden. Im Kreise Demmin wurde die

Arbeitsaufnahme in den Bezirken Demmin und Trepow a. d. N. verzögert, dafür ist jetzt reichlich zu tun. Geben begann zeitig mit der Arbeit, jedoch ist hier seit Ende Juli nahezu ein Drittel der sonst lüngen Arbeitskräfte entlassen worden. Die Zinssätze in P. u. G. hat die Bauwirtschaft sehr in die Einodung eingetrennt. Die Verkauftungen sind nicht gut. In Straßburg und in den letzten Jahren hat hervorgerufenen Spekulationswüchsen nach. Die Erbauung des Teils. Diese Arbeit kam aber nur langsam in Gang, so daß eine ganze Reihe Kollegen wachsenden Jahren mußte. Im Kreise Franzburg kam die Arbeit erst im Beginn des Mai voll in Gang, heute kann aber so ein, daß durch einen starken Zuzug von Arbeitskräften aufnehmen konnte. Der Herbst verspricht dort gut zu werden. Während dieser hier die Firma E. u. M. i. Wehr durch starke Rekrutierung und Lohnrückere. Der Kreis Grimmen hat in den letzten Grimmen, daß Teils und deren Landgebiet volle Beschäftigung. In Greifswald läßt die Bauwirtschaft nicht nach. Gegen Ende 1912 und Anfang 1913 gab es einige Beschäftigungswüchsen. Bis in den Mai hinein war ein Drittel der Leiharbeiter ohne Arbeit. Der Bau der vorkriegsartigen Stadtkasse wird von einer Charlottenburger Firma von deren Bauten noch nicht angenommen werden. Im Kreise Greifswald zeigen Gültzig, Rastau und Wolgast gute, aber leider hat einsehende Arbeitslosigkeit. Der Kreis Anklam bietet in Stadt und Land reichlich Arbeit; auch im Bezirk selbst es so zu bleiben. Zuzug kam aber nur vereinzelt angenommen werden. Im Kreise Demmin wurde die

Arbeitsaufnahme in den Bezirken Demmin und Trepow a. d. N. verzögert, dafür ist jetzt reichlich zu tun. Geben begann zeitig mit der Arbeit, jedoch ist hier seit Ende Juli nahezu ein Drittel der sonst lüngen Arbeitskräfte entlassen worden. Die Zinssätze in P. u. G. hat die Bauwirtschaft sehr in die Einodung eingetrennt. Die Verkauftungen sind nicht gut. In Straßburg und in den letzten Jahren hat hervorgerufenen Spekulationswüchsen nach. Die Erbauung des Teils. Diese Arbeit kam aber nur langsam in Gang, so daß eine ganze Reihe Kollegen wachsenden Jahren mußte. Im Kreise Franzburg kam die Arbeit erst im Beginn des Mai voll in Gang, heute kann aber so ein, daß durch einen starken Zuzug von Arbeitskräften aufnehmen konnte. Der Herbst verspricht dort gut zu werden. Während dieser hier die Firma E. u. M. i. Wehr durch starke Rekrutierung und Lohnrückere. Der Kreis Grimmen hat in den letzten Grimmen, daß Teils und deren Landgebiet volle Beschäftigung. In Greifswald läßt die Bauwirtschaft nicht nach. Gegen Ende 1912 und Anfang 1913 gab es einige Beschäftigungswüchsen. Bis in den Mai hinein war ein Drittel der Leiharbeiter ohne Arbeit. Der Bau der vorkriegsartigen Stadtkasse wird von einer Charlottenburger Firma von deren Bauten noch nicht angenommen werden. Im Kreise Greifswald zeigen Gültzig, Rastau und Wolgast gute, aber leider hat einsehende Arbeitslosigkeit. Der Kreis Anklam bietet in Stadt und Land reichlich Arbeit; auch im Bezirk selbst es so zu bleiben. Zuzug kam aber nur vereinzelt angenommen werden. Im Kreise Demmin wurde die

also die Bautätigkeit in den Städten teilweise nachgelassen, in den Randgebieten dagegen herrscht eine störende Bautätigkeit.

Nord- und Nordwestdeutschland.

Die Konjunktur im Ruhrgebiet (Düsseldorf i. G.) war in den letzten drei Jahren außerordentlich gut und es waren deshalb fast gar keine Kollegen arbeitslos.

In Bremen ist die Konjunktur nicht so günstig geworden, wie man erwartet hat. Zwar hat die Deutsche Bauernbankvereinigung...

Mittel- und Westdeutschland.

Im Zweigereinsgebiet (Glabbeek i. B.) war die Konjunktur im Winter sehr gut. Mit Ausnahme von einigen Proleten waren fast alle beschäftigt.

Im Zweigereinsgebiet (Glabbeek i. B.) war die Konjunktur im Winter sehr gut. Mit Ausnahme von einigen Proleten waren fast alle beschäftigt.

noch die meiste Beschäftigung, so in Wülfsheim der Rathausneubau und das Kohlenforschungsinstitut auf dem Kohlenberg...

In den letzten Jahren war die Arbeitslosigkeit im Zweigereinsgebiet (Glabbeek i. B.) immer einigermaßen gut, ja teilweise sehr gut.

In Bremen ist die Konjunktur nicht so günstig geworden, wie man erwartet hat. Zwar hat die Deutsche Bauernbankvereinigung...

In der letzten Zeit ist die Konjunktur im Ruhrgebiet (Düsseldorf i. G.) wieder besser geworden, wie man erwartet hat.

In der letzten Zeit ist die Konjunktur im Ruhrgebiet (Düsseldorf i. G.) wieder besser geworden, wie man erwartet hat.

Kollegen tun deshalb gut, wenn sie ihren Weg auf der rechten Rheinseite über Düsseldorf nehmen.

Mittel- und Westdeutschland.

Aus Hannover haben wir kurz vor Redaktionsschluss noch einen Bericht über die Bautätigkeit erhalten.

Die Bautätigkeit in Göttingen war in den letzten Jahren sehr gut, so daß allein in der Stadt über 700 Häuser...

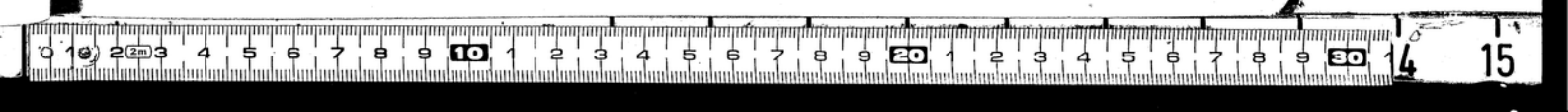
Die Bautätigkeit im Zweigereinsgebiet (Glabbeek i. B.) war seit 1912 gut, am besten in Göttingen selbst.

Die Bautätigkeit in Jena ist gegenwärtig in Jena in diesem Quartal der Jahre 1911, 1912 und 1913...

In der letzten Zeit ist die Konjunktur im Ruhrgebiet (Düsseldorf i. G.) wieder besser geworden, wie man erwartet hat.

In der letzten Zeit ist die Konjunktur im Ruhrgebiet (Düsseldorf i. G.) wieder besser geworden, wie man erwartet hat.

Vertical text on the left margin, likely bleed-through or a separate column.



Wohnungsbau danieder. Während im vorigen Jahre zu derselben Zeit in den Orten Mainz, Rombach, Kassel, Korbheim, Gonsheim, Brebenheim, Sechshausen und Weidenau 454 Maurer und 220 Gipsarbeiter beschäftigt waren, sind es in diesem Jahre nur 292 Maurer und 321 Gipsarbeiter. Dadurch, daß die Niedrigkeit der Festungsbauten zum Teil fertig ist, sind besonders viele Gipsarbeiter arbeitslos geworden. Sie mußten sich in andern Betrieben oder auswärts Beschäftigung suchen. In den Industriestädten Kassel, Korbheim und Bilsdorf ist die Zahl der beschäftigten Maurer und Gipsarbeiter zurückgegangen. In Korbheim, wo im Sommer während der Kurzeit die Bautätigkeit immer etwas flau ist, ist sie in diesem Jahre sehr schwach. Ebenso ist es in Bilsdorf. Während dort im vorigen Jahre durch den Bau der Festung noch Nachfrage nach Maurern und Gipsarbeitern war, ist in diesem Jahre fast gar keine Beschäftigung im Baugewerbe vorhanden. Die Folge davon ist, daß im Bezirk Bingen unsere Mitgliederzahl erheblich zurückgegangen ist. Voraussetzungen sind durch den Bau der Rheinbrücke Bingen-Rüdesheim die Arbeitslosigkeit im Herbst etwas besser worden. In den Bezirken Mainz und Oppenheim ist die Bautätigkeit, wie in den vorhergehenden Jahren, sehr gering.

Die Bautätigkeit im Zweigereinsgebiet Meisen ist etwas besser als im Vorjahr. Im Landbezirk ist zwar bedeutend weniger Arbeit als im Vorjahr; die Stadt Meisen dagegen weist eine bessere Bautätigkeit auf, die sich allerdings auch schon bedeutend zurückgezogen hat. Trotz des starken Mangels an kleinen Wohnungen wird nicht viel dagegen getan. Es sind wohl eine Anzahl Einfamilienhäuser errichtet worden, die aber nur für bescheidene Arbeiterwohnungen dienen. Der Kasernebau, einige Erweiterungsbauten an Krankenhäusern und an Fabriken, die jetzt ihrer Vollendung entgegengehen, bilden die Hauptarbeitsgelegenheit. Größere Arbeitslosigkeit herrscht hier zwar noch nicht, aber von den zugewanderten Kollegen mußten doch viele wieder abziehen. Schlechter sind die Beschäftigungsbedingungen in der Industrie sowie durch die Stilllegung des Kohlewerks einen großen Prozentsatz von Arbeitern verloren. Auch von auswärts kamen viele Arbeiter, am Kasernebau Arbeit zu finden. Wie es im Herbst werden wird, läßt sich schwer sagen; wenn der Wahnheitsbaum in Angriff genommen würde, der schon annähernd zwei Jahre auf sich warten läßt, hätten wir noch ein schönes Stück Herbstarbeit.

**Süd- und Südwestdeutschland.**

Auch in Schwaben und in der Pfalz ist die Bautätigkeit in diesem Jahre ab. Das ist auf die schlechten Verhältnisse am Geldmarkt sowie darauf zurückzuführen, daß die heimische Industrie bereits stagniert, wodurch sich im Herbst die augenblicklich noch mittlere Bautätigkeit zweifellos noch verschlechtern wird. 1912 hatte Schwaben eine Bautätigkeit, wie wir sie seit 1901 nicht mehr gemerkt hatten. Es mußten Arbeiter ihre Aufträge befristet werden, damit die Interessen ihrer Auftraggeber befristet werden konnten. Ein Bild über den Baustand von 1912 und jetzt gibt uns die Zahl der bei der Ortskrankenkassen beschäftigten Bauarbeiter. Nach Angabe des Landesverbandes gab es diese Woche am 1. August 1912 1124 beschäftigte Bauarbeiter, Zimmerer, Bureaupersonal und Lehrlinge mitgerechnet; am 1. August 1913 dagegen nur noch 642 Beschäftigte. Diese Zahlen kennzeichnen den gegenwärtigen Stand des Baustandes am deutlichsten.

Die Bautätigkeit in Regensburg ist so gering, daß sich kaum für die Hälfte unserer Kollegen Arbeitsgelegenheit bietet. 14 Neubauten, darunter 10 Einfamilienhäuser, bilden für dieses Jahr die gesamte Bautätigkeit. Von diesen Bauten ist die Mehrzahl unter Dach, einige Neubauten im Durchschritt. 20 beschäftigte Maurer und Gipsarbeiter, dazu rund 100 bei Reparaturen und Umbauten beschäftigt, so ergibt sich, daß im Regensburger Baugewerbe 380 Kollegen beschäftigt sind. Das ergibt auch eine am 13. und 14. Juni vorgenommene Baustellenkontrolle. Dabei wurden 284 beschäftigte Kollegen festgestellt. Baugeschäfte, die in normalen Zeiten rund 100 und mehr Arbeiter beschäftigen, haben jetzt kaum ein Drittel der früheren Zahl, ja es gibt sogar Baugeschäfte, die schon seit Monaten keinen einzigen Arbeiter beschäftigen. Von unsern 800 Mitgliedern sind regelmäßig die Hälfte ohne Arbeit. Es gibt sogar Mitglieder, die seit Oktober 1912 noch keine Stunde Arbeit in irgend einem Gewerbe finden konnten. Wie groß unter solchen Umständen die Not und das Elend bei unsern Kollegen ist, kann sich jeder selbst ausmalen. Eine Besserung ist in diesem Jahre nicht mehr zu erwarten. Wohl ist der Neubau eines Rentamtes geplant, doch wird dieser in diesem Jahre kaum noch begonnen werden. Alle unsere Anträge, die Inangriffnahme dieses Baues zu beschleunigen, wurden von den zuständigen Behörden mit nichtigenden Ausflüchten abgelehnt. Auch der Stadtmagistrat sieht der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ziemlich gleichgültig gegenüber. Staatliche Bauten, die schon vor Jahren als dringend notwendig bezeichnet wurden sind, werden infolge chronischer Geldmangels zurückgestellt. Allerdings macht man bei patriotischen Festen nichts von Geldmangel, wie die Kasseier Tage deutlich beweisen. Es sehen wir mit bangen Erwartungen dem Winter entgegen, der infolge der ungeschwunden Entschungen diesen den Todesschlag bringen wird. Das ist auf eine Wegelagerung der gütlichen Weltordnung!

Die Bautätigkeit im Zweigereinsgebiet Konstantz war bis Ende des vorigen Jahres weit günstiger als in diesem Jahre. Besonders stark zurückgegangen ist sie in den Orten Friedrichshafen, Balingen, Badstätt, Sigmaringen und Tuttlingen. Während in diesen Orten im vorigen Jahre zur selben Zeit etwa 800 Bauarbeiter beschäftigt waren, können in diesem Jahre kaum 500 Arbeit erhalten. Schuld daran ist der ungünstige Geld- und Hypothekmarkt; denn in den meisten der genannten Orte ist die Zahl der leerstehenden Wohnungen zurückgegangen. Ausschlaggebend für den nächsten Zeit ist vorläufig nur in Friedrichshafen, Tuttlingen und Balingen vorhanden. Die Errichtung zweier Garnisonen (Friedrichshafen und Balingen), die starke Erweiterung der Betriebe für Luftschiffbau und Motorenbau geben und die Gewerbe betriebe. In Tuttlingen nimmt der Staat und die Stadtgemeinde einige Arbeiten in Angriff, die den einheimischen Arbeitern Gelegenheit zum Arbeiten bieten sollten, wenn nicht die Höhe alzu hoch getrieben werden. In Balingen, Ravensburg, Rottweil, Schweningen und Eppingen gefallt sich die Beschäftigung in diesem Jahre etwas günstiger. Einige Fabrikbauten, Kaserne- und Sommerbauten, die aber in einigen Wochen ihrer Vollendung entgegengehen, geben den meisten den Auftrieb. Die Privatbautätigkeit will auch in diesen Orten nicht anheben. Die Lage ist also auch in unserm Zweigereinsgebiet nicht besser als in den vorhergehenden Jahren, so daß nach Einstellung der wenigen Bauarbeiten, die noch vorhanden sind, im kommenden Winter eine Arbeitslosigkeit zu erwarten ist, wie sie an Umfang und Schwere seit langen Jahren nicht in unserm Gebiet vorhanden gewesen ist.

**Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.**

Das Wirtschaftsjahr 1912 trug kein einheitliches Gepräge, sondern weist die widersprechendsten Züge auf. Im Vergleich, in der Industrie herrschte noch volle Hochkonjunktur, in der Textil-, Erd- und Stein- und Holzindustrie zeigten sich bereits die Einflüsse des Niederganges, der im Baugewerbe in vollem Maße empfunden wurde. Die Zahl der Beschäftigten war im allgemeinen größer als im Jahre 1911, aber auch die Arbeitslosigkeit war größer; sie fand in acht Monaten des Berichtsjahres über dem Stand der gleichen Monate des Vorjahres und im Jahresdurchschnitt um 22,4 Prozent (gegen 1911) 121,1 pro 100 offene Stellen. Unter diesen Umständen hatte auch die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu leiden. Neben Verbänden mit erheblicher Mitgliederzunahme finden wir in andern Verbänden schon Mitgliederverluste, und das letzte Quartal 1912 brachte sogar einen Rückgang der Gesamtmitglieder.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1912 2.330.390 Mitglieder (gegen 2.320.986 im Vorjahre). Die Zunahme beträgt 10.404 p. H. (1911 = 15,05 p. H.). In diesen Zahlen sind die Zentralverbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht eingeschlossen, die 1912 zusammen 22.772 Mitglieder zählten. Rechnet man diese hinzu, so müßten die freien Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1912 insgesamt 2.558.162 Mitglieder. Die Ziffern stellen sich am Schluß des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2.569.781 Mitglieder (gegen 2.400.018 Ende 1911). Die Zunahme betrug hier aber nur 159.763 oder 6,44 p. H. Die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter zählten Ende 1912 23.714 Mitglieder, so daß die Gesamtzahl aller freien Gewerkschaften 2.592.895 betrug. Den höchsten Zuwachs erzielten die Gewerkschaften im dritten Quartal mit 2.572.624 Mitgliedern (ohne Hausangestellte und Landarbeiter), hingegen das vierte Quartal wieder einen Rückgang von nahezu 13.000 Mitgliedern brachte. Es betrug im Jahresdurchschnitt die Mitgliederzahlen: 1891 2.277.059, 1901 677.510, 1911 2.320.986 und 1912 2.590.390.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1912 Mitglieder: Metallarbeiter 635.908, Bauarbeiter 335.560, Transportarbeiter 215.948, Fabrikarbeiter 205.026, Holzarbeiter 192.645, Textilarbeiter 140.217, Bergarbeiter 117.875, Buchdrucker 92.678, Zimmerer 61.872, Maler 51.621, Gemeindearbeiter 50.058, Brauerei- und Mälzereiarbeiter 49.834, Schneider 49.538, Schuhmacher 46.227, Tabakarbeiter 38.269, Buchbinder 32.374, Kleinrentner 29.410, Wälder und Konditorien 28.525, Maschinenisten 25.761, Glasarbeiter 19.001, Handlungsgeschäften 17.486, Bibliothekaren 16.700, Porzellanarbeiter 15.576, Gastwirtschaftlichen 16.188, Buchdruckersetzern 14.126, Schmiede 12.874, Zäpfer 12.057, Steinseher 10.939, Guttmacher 10.551, Zangeier 10.484, Bäcker 9830, Bildhauer 8518, Bureauangestellte 7253, Gärtner 6830, Fleischer 6172, Kupferstecher 5234, Maler 4670, Buchbinder 3810, Bildhauer 3777, Schiffszimmerer 3055, Lagerhalter 2935, Friseur 2592, Zivilmusiker 2008, Jagdrennfahrer 1565, Vpplanteure 1249, Blumenarbeiter 1104, Klotzseher 445, Zilogographen 428. Die Landarbeiter zählten im Jahresdurchschnitt 17.023, die Hausangestellten 5749 Mitglieder. Aus den nachstehenden Zahlen läßt sich das Anwachsen der Arbeiterinnenorganisationen verfolgen. Die Arbeiterinnen zählten 1892 4355, 1900 22.444, 1908 128.448 und 1912 210.402 weibliche Mitglieder. Anheftungs der ungeschwunden Schweregeleitern, mit denen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu rechnen hat,

ist dieser wachsende Erfolg sicherlich sehr zu schätzen. Aber die Zunahme der Frauenarbeit in Handel, Industrie und Gewerbe ist so geringfügig, daß noch immer viel zu tun bleibt, um die Arbeiterinnenorganisation auf die Höhe zu bringen, die die Organisation der männlichen Arbeiter erreicht hat. Bären doch bei der Verwirklichung des Jahres 1907 nicht weniger als 17,2 p. H. der erwerbsfähigen industriellen Lohnarbeiter weiblichen Geschlechts und im Handel und Verkehr stieg das Verhältnis sogar auf 32,0 p. H.

Die Gesamteinahmen der Zentralverbände haben sich von 1908 957 (1911) auf 1.803.575 erhöht, während die Gesamtausgaben von 60.025.080 auf 61.105.675 wuchsen. Die Vermögensbestände erhöht sich von 62.105.821 auf 80.787.786. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet betragen die Einnahmen 31,71 (1911) 31,00, die Ausgaben 24,15 (1911) 25,80 und die Vermögensbestände 31,93 (1911) 29,79. — Die Gesamteinahmen der Zentralverbände weisen folgende Posten auf: Eintrittsgelder 4.700.575, Beiträge 78.670.266, Extrabeiträge 1.137.252, Streifenbeiträge in Streifenorten 140.418, Zinsen 1.705.515 und sonstige Einnahmen 8.104.057. — Die durchschnittlichen Einnahmen der Verbände pro Kopf der Mitglieder betragen 31,71; sie gehen auf 14,04 bei den Handlungsgeschäften herab, denen die Blumenarbeiter mit 15,61 am nächsten stehen, und gehen herauf auf 58,47 bei den Buchbinder, 64,19 bei den Steinseher und 64,28 bei den Bildhauer und Kleinrentner. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 61.105.785 entfallen auf Bildungsgelder 3.220.911, Unterhaltungen 87.194.412, Kantonen, Stellenvermittlung, Generalversammlungen und Verbindungen 9.064.744 und Verwaltungskosten 11.625.608. Die durchschnittlichen Ausgaben aller Verbände, pro Kopf der Mitglieder berechnet, betragen 24,15. Sie gehen auf 9,24 herauf bei den Bibliothekaren und Kleinrentner, wo sie die durchschnittlichen Einnahmen um 20,98 übersteigen, und gehen auf 10,96 zurück bei den Blumenarbeitern. Von den Ausgaben der Bildhauer entfallen allein 82,74 auf Unterhaltungskosten, davon 49,80 auf Streifenunterstützung. Den größten Aufwand für Bildungsgelder mit 4,11 hatten die Bildhauer.

Eigene Verbandorgane haben 48 Zentralverbände, von denen 47 auf Kosten des Verbandes gratis geliefert werden und eins im Annehmen bezogen wird. Die Gesamtausgabe aller Gewerkschaftsorgane beträgt 2.604.700. Daneben bestehen noch sieben sachdienliche Organe sowie das „Vereinsorganblatt“ der Generalkommission der Arbeiterinnen, der „Operaio Italiano“ für die Mitglieder italienischer Sprache und die „Gewerkschaftszeitung“ für die Mitglieder polnischer Sprache. Von den Gewerkschaftsmitgliedern entspricht eins dreimal in der Woche, 33 wöchentlich, sieben alle zwei Wochen und sieben monatlich.

Besondere Beachtung verdienen die Ausgaben der deutschen Zentralverbände für die Unterhaltung ihrer arbeitslosen Mitglieder. Im Berichtsjahre waren alle Mitglieder der Gewerkschaften teils für Arbeitslosigkeit am Orte, teils für solche auf Weise oder für jedes verbleibend. Die Auswendungen für diese Unterhaltungen erreichten im Jahre 1912 1.820.942 gegenüber 1.789.875 im Jahre 1911, 1.701.508 im Jahre 1910 und 1.701.355 im Jahre 1909. Seit dem Jahre 1891 haben die Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder etwa 68 Millionen Mark aufgewendet. Es haben damit für alle Zeit ihre Priorität auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung und zugleich ihren Anspruch begründet, bei der gesetzlichen Regelung dieser Materie als grundlegende Organisation anerkannt zu werden. Sobald auch die größten Organisationen des Baugewerbes dazu übergehen werden, ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit am Orte zu unterstützen, dürfte der Grund, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung nur einem kleinen Teil der Arbeitslosen und dabei noch nicht einmal den am meisten von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zugute käme, bald entfallen sein, denn es liegt beim Arbeiter der Eintritt in die gewerkschaftlichen Zentralverbände frei und man müßte es sogar von einem jeden als seine berufliche Pflicht verlangen, daß er sich der Unterstützung bei der Aufrechterhaltung des beruflichen Standes von Hilfe nicht entziehe und zur Unterstützung seiner Kollegen beitrage. Die Gewerkschaften aber, die schon seit Jahren, zum Teil sogar seit Jahrzehnten keine Opfer gebracht haben, die Arbeitslosen zu unterstützen und die in ihrer Organisation das System der Versicherung geschaffen und lebensfähig entwickelt haben, das sich jeder nicht bloß als das Beste, sondern selbst als das einzig Brauchbare bewährt hat, diesen von Reich, Staat und Gemeinde verlangen, daß diese sie für ihre im gemeinnützigen Interesse gemachten hohen Aufwendungen schuldig halten und ihnen wenigstens einen Summen zurückgeben. Das ganze System begründet den Weg, auf dem diese Zurückvergütung am einfachsten zu regeln wäre.

Als gemeinnützige Gewerkschaftsrichtungen kommen hauptsächlich drei Gruppen in Betracht, die Christ- und die christlichen Gewerkschaften, seit 1890 zentralisiert, und die christlichen Gewerkschaften, seit 1899 zu einem Gesamtverband vereinigt. Die Christ- und christlichen Gewerkschaften haben den schmerzlichen Verlust, den der Austritt des Vereins aus dem Reich verursacht ihnen brachte, noch nicht wieder überwunden. Ihre Mitgliederzahl ist von 107.740 auf 100.000, also nur um 1,87 oder 1,87 p. H. gewachsen. Einengender sind die Organisationen der Arbeiterinnen (1911 10 Mitglieder, 1908 1000 und 1909 1000 Mitglieder); neue Organisationen wurden nicht gegründet oder aufgenommen.

Die Gewerkschaften hatten 1900 11.631, 1906 118.000 und 1912 109.225 Mitglieder. Der Gewerkschaften der Handwerker zählte 1912 1150 Mitglieder. Die Gesamt-





nach Oberösterreich reisende Kollege war der Meinung, daß hier die Lebensbedingungen billiger seien als in den Großstädten, sehen sich aber bald darin getäuscht. Das Gegenteil ist der Fall. Deshalb stellte eine Versammlung am 21. August an die Firma das Ersuchen um eine Zeugnisausgabe von 75 % pro Tag (den Berliner Zimmereisen wurden 50 % gezahlt); ferner die Forderung, daß der oberösterreichische Vertrag auch in Karowitz anerkannt und somit 51 % Mindestlohn gezahlt werde. Die Zeugnisausgabe lehnte die Firma ab; die Zahlung von 51 % sicherte sie jedoch zu. Die Interzessionierung des Vertrages wurde noch beschlossen. Eine Versammlung am 29. August beschäftigte sich auch mit den Lebensfragen. Von einer Anzahl Kollegen wurden bis 11 Stunden gearbeitet. Es wurde hierauf einstimmig der Beschluß gefaßt, diese Lebensfragen mehr zu machen. Und die Vertreter Kollegen beschreiben, den Beschluß einzuführen; ferner, soweit dies noch nicht der Fall sei, sich der Organisation anzuschließen. In die dort beschäftigten Kollegen riefen wir nun die Mahnung, einmütig zusammenzutreten und gemeinsam für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Dann wird auch ein gemeinschaftliches Arbeiten zwischen Berlin, Weidenauern und Oberösterreich möglich sein. Was die Einzelheit betraf, haben ja die Kollegen bei der Entlassung eines Kollegen gesehen, indem die ungerechtfertigte Entlassung zugunsten wurde.

**Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.**  
Am 31. August beschäftigte sich eine außerordentliche Generalversammlung des Zweigvereins Mühlheim-Oberhausen mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Kollege Albert Treibohm von Geln brachte als Referent, den Kollegen die Forderung schmachtend zu machen. Aus der Diskussion war jedoch zu erkennen, daß die Kollegen gegen die Arbeitslosenunterstützung sind. Bei der Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig abgelehnt.

**Zu unserer Tarifpolitik.**

Zweiter Artikel von S. Hüttmann.  
Der zentrale Abschluß der Tarifverträge hat bei den Gewerkschaften, wie bereits an anderer Stelle betont worden ist, ganz erhebliche Vorteile für die vertragsschließenden Arbeiterorganisationen gebracht. Allein schon die positive Ausdehnung des Tarifvertrages auf Bezirke und Orte, wo unsere Organisationen aus eigener Stärke noch sehr lange auf Tarifverträge und die damit erzielten Gewinne hätten warten müssen, ist ein großer Erfolg. Damit wurde nicht allein ein materieller, sondern auch ein ideeller Gewinn erzielt, der oftmals fälschlich als jahrelange Negation, auch eine praktische und vernünftige Lohnpolitik, die wir durch die Organisation antreten müssen, wird dadurch geleistet; ihre systematische und kraftvolle Fortführung wird für die Zukunft erheblich erleichtert und dadurch nicht unwesentlich gefördert. Orte und Bezirke mit rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen sind immer ein gewaltiges Hindernis für den Fortschritt des Ganzen gewesen. Ein weiterer Erfolg ist die allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Hilfsarbeiter. Wer den jahrelangen Widerstand der Bauernachnehmer in dieser Frage kennt, kann den Erfolg richtig bewerten, den wir erzielt haben. Damit ist gleichzeitig die Grundlage für weitere Fortschritte geschaffen. Bekanntlich lehnen es die Unternehmer noch heute ab, generell Tarifverträge für die im Tiefbau beschäftigten Arbeiter abzuschließen; doch bald dürfte die Zeit kommen, wo auch dieser Widerstand gebrochen wird. Ohne näher an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen, darf doch gesagt werden, daß auch hier der Fortschritt ganz bedeutend ist. Gewiß haben die Unternehmer diese Opfer nicht gern gebracht, aber was soll es die Entwicklung betonte Tarifverträge, und wollen die Unternehmer tatsächlich ihr Ziel erreichen, dann müssen sie diese Opfer bringen. Man könnte nun hier noch die Frage aufwerfen, ob es ratsam ist, den Abschluß von Tarifverträgen um jeden Preis zu befeuern. Bestimmt lassen sich manche Bedenken aufzählen; aber darum handelt es sich hier tatsächlich nicht; denn allgemein haben die rein formalen Tarifvertragsbestimmungen keine Beschäftigten erfahren. Selbst wenn vereinzelte Orte mit der Einführung des zentralen Tarifvertrages eine Einbuße erleiden haben sollten, so will das nicht viel besagen. Den übrigen müssen wir doch feststellen — und das ist das Entscheidende —: wenn in einem Orte oder Bezirk Tarifverträge zum erstenmal abgeschlossen werden, die an sich Mängel und Lücken aufweisen, so ist im Vergleich mit dem früheren verfallenen Zustand immer ein nicht zu unterschätzender Fortschritt schon mit dem Abschluß eines Vertrages erreicht. Diese Erfahrung läßt sich mit vielen Beispielen belegen. Und ferner müssen wir bedenken, wie mancher andere Widerstand und manche Schwerverletzung mußte früher in jedem Orte immer wieder überwunden werden. Hinzufigen die sich hier durch das zentrale Vertragsmuster von vornherein erledigt worden, die unter normalen Verhältnissen nicht verträglich wären. Wir müssen einmütig genug sein und anerkennen, daß die Vorteile, die wir im allgemeinen erreicht haben, die Nachteile doch bedeutend überwiegen. Die unerschöpflichen Nachteile, die in Form von Beschäftigungslosigkeiten im Vertragsmuster hineingeflossen sind, konnten wir ohne Bedenken für den Moment hinzunehmen. Selbst wenn wir uns damals über die festschließenden Pläne der Unternehmer klar waren, konnten wir den Gewinn abgeben. Die Förderung unserer Organisationen und die auch dieser Entwicklung gewonnene Stärke konnte in keiner Form besser erfolgen. Sollen wir im Jahre 1908 die Möglichkeit gehabt, uns hiergegen aufzulegen — was durch die vorhandene Wirtschaftslage nicht möglich war —, so hätten wir es nicht erspart tun können, weil wir uns damit hätten gegen unsere eigene Arbeit

wenden müssen. Es war eigentlich die Anerkennung der von uns seit Jahren erhobenen Forderung.

Nun waren gewiß die Ziele, die der Arbeitgeberbund im Jahre 1908 und noch mehr im Jahre 1910 anstrebte und heute noch anstrebt, für uns nicht gleichgültig. Denn in Wirtschaftlichkeit wollte doch der Arbeitgeberbund etwas ganz anderes, als den Tarifgeheimen furchtbar machen. Er wollte zunächst die Bewegungskraft der bauernachnehmer Gewerkschaften erschöpfen und, wenn er stark genug gewesen wäre, die Arbeiterorganisationen vernichten. Die Unternehmer konnten dieses Ziel natürlich nicht erreichen, dazu fehlte ihnen die Macht. Aber an ihrer bösen Absicht brauchen wir deshalb nicht zu zweifeln; denn überzeugte Anhänger des Tarifvertrages sind die Unternehmer früher nicht gewesen und sind sie auch heute nicht. Darüber sind wir uns keine Illusionen vorzumachen. Wir erkennen, daß, sobald das alte „Absolut Herrrecht“ der Unternehmer, in ihren Betrieben allein zu bestimmen, niedrigerungen war, diese sofort wieder konsequent verdrängen, sich neue Machtpunkte zu schaffen. Zeitweise, wie im Jahre 1910, haben sie sogar mit Begeisterung für dieses Ziel gestimmt. Doch sie haben ihre Kraft überschätzt haben, was zwar ein Fehler, aber wir dürfen daraus keine falschen Folgerungen ziehen über gar die Initiative und Stärke der Arbeiterorganisationen unterschätzen. Es besteht kein Zweifel: die Pläne der Unternehmer waren sehr ernst gemeint; sehr viel stand auf dem Spiele und wir können uns heute glücklich preisen, daß die Stärke des Arbeiterbundes mehr in den Händen der Arbeitnehmer als in der Wirtschaftlichkeit vorhanden war; es wäre uns sonst sehr schlecht ergangen. Es besteht nach alledem kein Zweifel darüber und erste Meinungsverschiedenheiten dürfte es in diesem Punkte in der Organisation nicht geben, daß wir mit den jetzigen zentralen Abschluß der Tarifverträge recht erhebliche Vorteile einbringen können. Doch gibt es neben den Vorteilen auch große Mängel, die wir jetzt hinwegsehen müssen, früher aber ohne große Bedenken abgehen konnten. Ich will nur die wichtigsten hervorheben, die meines Wissens als die zu betradachten sind, die bei den Mitgliedern der beteiligten Gewerkschaften immer wieder den starken Widerspruch auslösen und daher wohl als die Hauptquellen der Unzufriedenheit unserer Kollegen bei der jetzigen zentralen Vertragsabschließung anzusehen sind.

Bei der Bewertung der Mängel steht wohl am ersten Stelle die fast vollkommene Ausschaltung der Ortsvereine, Zweigvereine und Bezirksvereine der vertragsschließenden Organisationen beim Vertragsabschluß. Da aber der Unternehmerbund diesen Zustand durch seine kampfstärklichen Maßnahmen anstrebt und herbeiführt, sind es bei objektiver Prüfung wohl nur die Arbeiterorganisationen, die mit der Masse ihrer Mitglieder nachteilhaft getroffen und in ihrer natürlichen Organisationsarbeit künstlich behindert sind. Es ist dies bei den Aufgaben, die vor den Gewerkschaften an allen Orten im Lande gestellt werden müssen, durchaus erklärlich; denn die Organisationsgliederung und die sonst vorhandenen verfassungsmäßigen Einrichtungen der Gewerkschaften sind demokratisch geordnet, was bei den Unternehmerverbänden nicht der Fall ist. Der Widerspruch, der sich aus diesem Grunde in den Arbeiterorganisationen regt, ist kein künstlicher, sondern sehr wohl aus den Verhältnissen zu erklären. Er ist nicht leicht aufzulösen, sondern geht materiell aus der Organisationsgliederung der praktischen Organisationsarbeit und aus den festgelegten alten Organisationsrechten hervor. Wir sind also verpflichtet, wollen wir die jetzige Form der Vertragsabschließung dauernd festhalten, die verfassungsmäßigen Organisationsgrundlagen zu ändern. Ehe wir das tun und dauernd tun, dauernd auf Dinge verzichten, die bisher im Leben der Organisationen eine Bedeutung erlangt haben, mit deren Entwicklung und Stärke eng verknüpft sind, müssen wir die Frage prüfen: Sollen wir wirklich diese Einziehung erdulden, ohne Schaden zu leiden? Wir erheben daher den Widerspruch der Mitglieder nicht unbedenklich, sondern sogar notwendig. Die andauernde Unzufriedenheit ist eine Warnung an das Organisationsgremium.

Die Entwicklung unserer Organisation ist ebensoviele künstlich erfolgt, wie die Entwicklung der Tarifverträge. Wir sind bei den verfassungsmäßigen Aufbau und dem im Statut festgelegten Verbandsrecht nach bestimmten Grundgesetzen verfahren. Ob wir dabei immer das Richtige getroffen haben, ist nebenzweifelhaft; aber im allgemeinen war dabei das Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung maßgebend. Das ist es nicht immer Zufall, daß unter Verbandsrecht bestimmt: die Zweigvereine bilden die Grundlage der Organisation. Das ist auch bei allen zentralen Organisationsformen im wirtschaftlichen wie im politischen Leben der Fall; die Ortsorganisationen und -vereine bilden immer die Grundlage für das Ganze. Von der Tätigkeit und von der Betriebsamkeit des einzelnen Ortsvereins in geistiger und kultureller Beziehung hängt natürlich das Wirken der Gesamtorganisation ab. Je höher die Betriebsamkeit der Einzelglieder, desto stärker muß die Betriebsamkeit und die Tätigkeit der ganzen Organisation in der Praxis in die Erscheinung treten. Der Gedanke der Zentralisation ist also aus der ökonomischen Entwicklung entstanden. Die Entwicklung der Industrie, des Handels und Gewerbes, ferner der ganzen Wirtschaft von den primitiven sozialen Verhältnissen der Vergangenheit zu der jetzigen gleichenden Lage unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen und Aufgaben zwingt bald auch die gewerkschaftlichen Organisationen, die lokalen Vereine zu einer fest gegliederten zentralen Organisation fürs ganze Reich und schließlich über die Grenzen

der einzelnen Länder hinaus. Aber es wäre töricht, wegen dieser Entwicklung der Wirtschaft der einzelnen Zweigvereine keine Beachtung mehr zu schenken, sie gar vernachlässigen und verfallen zu lassen. Was wäre die zentrale Organisation ohne die Ortsvereine? Ortsvereine können bestehen, ohne sich zentral zusammenzuschließen; aber sie werden in unserer Zeit ihren Zweck und ihr Ziel nicht erreichen. Die ökonomische Entwicklung hat dialektisch gewirkt, sie schafft die neue Grundlage der Organisationsform. Aber umgekehrt: eine Zentralisation ohne Ortsvereine oder sonst starke Ortsgebilde, auf die sich die Zentralisation stützen muß, ist nicht denkbar. Die mit der Zentralisation entstehende zentrale Verwaltung und Führung der Geschäfte durch die zentrale Leitung ist für die Zweigvereine und deren Mitglieder eine Zäsur, die nach bestimmten Grundgesetzen und Regeln die Tätigkeit der zentralen und örtlichen Verwaltung in harmonischer und zweckmäßiger Weise unter getreuer Mahnung und Förderung der Interessen der Mitglieder verbindet. Denn nie dürfen wir aus dem Auge verlieren, daß die örtliche und zentrale, wie überhaupt jede Organisationsform im Interesse der Mitglieder geschaffen ist.

Aber muß nicht ähnlich wie unsere jetzige Organisationsgliederung auch unter zentraler oder Reichsarbeitsvertrag zusammengefaßt und geliebert werden? Sind nicht auch dort die Ortsvereine unentbehrliche Tarifpartner? Die Ortsvereine zusammengefaßt fassen uns erst zu dem feinen, kunstvollen Gebilde des Reichsarbeitsvertrages. Selbst wohl ist auch, weil nicht anders denkbar, die Durchführung der Ortsverträge den Zweigvereinen übertragen; aber beim Abschluß der Verträge besteht heute die Möglichkeit für die Zweigvereine nicht, entscheidend und zweckmäßig mitzuwirken. Dort ist ihre Tätigkeit darauf beschränkt, Wünsche zu äußern. An der praktischen Mitarbeit werden die Zweigvereine heute durch die Kraft des Arbeitgeberbundes behindert. Gewiß hat keiner von uns erwartet, daß die neuen Formen des Tarifvertrages gleich vollkommen seien. Das Befehl und Verden der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und auch die Entwicklung der Tarifverträge in sozialer und kulturellem Sinne wird sich bald schneller, bald langsamer vollziehen. Besonders die Gegenwart mit ihrem relativ schnellen Fortschritt kennt einen Stillstand nicht. Das Werden der Zeit müssen wir dialektisch auch in die zentrale Form der Tarifverträge hineinrechen und dabei unsere Zweigvereine nach der Organisationsgliederung das Recht der entscheidenden Mitwirkung auch bei dem Vertragsabschluß sichern. Beim Abschluß des Reichsarbeitsvertrages stehen die wirkenden Kräfte im umgekehrten Verhältnis. Die Sache steht sozusagen auf dem Kopf: an einer Zentralstelle werden durch Schiedsprüche für 600 bis 800 Wohngebiete mit 15 471 Orten die wichtigsten Entscheidungen getroffen, die den materiellen Inhalt der Verträge ausmachen. Selbst die Aufnahme der örtlichen Vereinbarungen im Jahre 1913 ändert an dieser Tatsache wenig. Das ist aber eine Arbeit, die an einer Stelle von wenigen Personen nicht geleistet werden kann, nicht wenn die mitwirkenden Personen mit größter Gewissenhaftigkeit die ihnen übertragenen Pflicht erfüllen. Es lassen sich eben von einer Zentralstelle aus durch wenige Personen nicht Dinge erledigen, die an 600 bis 800 Orten nur unter Mitwirkung von Tausenden erledigt werden können. Bei zentralen Tarifverträgen für das Reich oder bei einem Reichsarbeitsvertrag, wie wir ihn jetzt haben, soll die Hauptarbeit beim Vertragsabschluß wie bei der Vertragsdurchführung in den einzelnen Orten durch die örtlichen Organisationen, die Zweigvereine und Bezirksvereine erledigt werden. Diese Auffassung wird noch besonders gestärkt durch die Eigenarten des Bauwesens, das in harten Maße von den örtlichen Verhältnissen bestimmt und in seiner Entwicklung beeinflusst wird. Am kurz zu sein: für die zentrale Durchführung eines Reichsarbeitsvertrages sind örtliche Vereinbarungen notwendig. In demselben Umfange, wie die örtlichen und lokalen Interessen bei der Mitwirkung des Reichsarbeitsvertrages festgelegt werden, sind zum Nachteil der Entwicklung der sozialen und sittlichen Grundgesetze bei den Vertragspartnern, sind andere Einflüsse, besonders die Tätigkeit der Inparteilichen, weit über das natürliche Maß hinaus gestärkt worden. Inwiefern muß jedem dabei zugute werden, der ernsthaft über diese Frage nachdenkt. Was heute beim zentralen Reichsarbeitsvertrag den unparteilichen Personen zugemutet wird, geht über gewöhnliche Menschenträfte hinaus. Selbst sogenannten Lebensmenschen dürfen wir diese Arbeit nicht zumuten; sie kann nicht geleistet werden. Was ich über die Mitwirkung der Ortsvereine gesagt habe, gilt teilweise auch für die Tätigkeit der Inparteilichen. Bei aller Anerkennung der Arbeit, die von den Herren geleistet worden ist, bleiben die Bedenken bestehen, daß diese Arbeit ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in den einzelnen Orten und Bezirken geleistet wird. Die Vertragsparteien haben sich bisher zwar den Schiedsprüchen gefügt; aber dauernd können so die Dinge nicht erledigt werden. Dieser Zustand ist auch nur so lange denkbar, als sich die Vertragsparteien in ihrer Ehrlichkeit die Wage halten. Sobald sich das Gleichgewicht verliert, muß natürlich die zentrale Organisation zusammenbrechen. Diese Entwicklung wird uns durchaus keine Lebensfrage bereiten; denn wir wissen bestimmt, daß die „soziale und sittliche Ziele“, die die eigentliche Grundlage des Tarifvertrages bilden soll und die mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse verbunden ist, nicht die Stärke des Arbeitgeberbundes war, als er die zentrale Vertragsabschließung anstrebte, und auch heute nicht ist. Tarifvereinbarungen sollen nach unserer Meinung mehr sein als Schiedsprüche, die nur eine schematische Regelung



der Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe für das ganze Reich bringen. Mit dieser Vereinbarung und Regelung ist das Lebensinteresse von 400 000 und mehr Arbeitern verbunden. Damit sind wir wieder an der Kampfrage der Tarifentwicklung angekommen, das nur allein bedingt die höhere Stufe der Tarifvertragsentwicklung. Diese Stufe, das wissen wir, wird sich nicht durch solche Nebenereignisse lassen, sondern nur durch neue Kämpfe und machtvollere Kämpfe. Die Aufgabe auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen, ist unsere höchste Pflicht.

Wenn ich mich also gegen den großen Einfluß der Unparteilichen wende, so wende ich mich nicht gegen Personen, sondern gegen die Unparteilichen als notwendigen Bestandteil, gegen eine Einrichtung, die mit der zentralen Vertragsabwicklung verbunden ist. Denn bei aller Anerkennung die ich gern den Unparteilichen für ihre bedeutenden Arbeiten bei den verschiedenen Vertragsabschlüssen zolle, können die Unparteilichen doch nie leisten, was eigentlich die leitende Aufgabe der vertragsabwickelnden Organisationen ist. Den Vertragspartnern ist allmählich die wichtigste Arbeit entzogen worden. Geht diese Entwicklung so weiter, dann bekommen wir bedenkliche Zustände. Bei objektiver Beurteilung werden nicht nur die formalen Vertragsbestimmungen, sondern auch der materielle Inhalt der Verträge, Lohn, Arbeitszeit usw., von den Unparteilichen bestimmt. Die Organisationen üben eine vertragsleitende Tätigkeit fast gar nicht mehr aus. Auch die zentrale Funktion nicht, die für das Reich bestimmt ist. Sie dürfen ihre Meinung sagen, können die Verträge ablehnen oder annehmen, ihren Namen daran setzen, aber damit erschöpft sich fast ihre Tätigkeit. Praktisch haben auch die Organisationsvertreter bei der Vertragsabwicklung keine bestimmende Tätigkeit; aber wie sich im Baugewerbe die Verhältnisse bei der Vertragsabwicklung entwickeln werden, gehen die Besorgnisse nicht viel weiter, als wir oben bereits haben. Auf die Dauer ist dieser Zustand aber unhaltbar; er widerspricht auch dem Geiste wie den Grundgedanken der Tarifverträge. Drei Unparteiliche können uns und Familien und ihre Angehörigen hinüberhelfen; aber Tarifverträge im Baugewerbe für ganz Deutschland können sie nicht abschließen. Es mögen zeitweise annehmbare Schiedssprüche zustandekommen, wie 1910 und 1913, sie können aber auch anders ausfallen, und hier weiß, was wir im Jahre 1916 tun müssen, wenn wir auf besseren Grundlagede Verträge abschließen müssen. Die Partei, die sich nicht auf den Boden der Schiedssprüche stellt, die ablehnt, hat, wenn sie etwas anderes erreichen will, einen äußerst schweren Stand. Sind in den größten wirtschaftlichen Kämpfen auch in Zukunft der Stand der wirtschaftlichen Konjunktur und die Stärke der Organisationen entscheidend, so dürfen wir doch in solchen Augenblicken nicht den Einfluß der öffentlichen Meinung und der Behörden unterschätzen. So komme daher zu dem Ergebnis: Sobald wir die Hebergewerkschaft gewinnen, daß das Wirken der Unparteilichen bei der Vertragsabwicklung unsere berechtigten Interessen dauernd nicht erfüllen kann, sollen und müssen wir diesen Einfluß entscheidend zurückdrängen.

(Der Schluß zu diesem Artikel G. Hüttmanns folgt in nächster Nummer. — Was jetzt haben wir außer den Artikeln des Kollegen Hüttmann und den drei nachstehenden abgedruckten Einwendungen, von denen wir zwei schon vor Veröffentlichung unserer Artikel erhalten hatten, nur noch von einem Kollegen einen Beitrag zur Tarifpolitik erhalten. Wir fordern darum unsere Kollegen wiederholt auf, diese Frage im „Grundstein“ eingehend zu diskutieren. Die Redaktion.)

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte ich den Verlauf der diesjährigen Lohnbewegung im deutschen Baugewerbe, indem ich regelmäßig den „Grundstein“ las. Zum Besten des Baugewerks und zur Aussprache mit Kollegen hatte ich ja keine Gelegenheit. Die ganze Bewegung beruht auf einer großzügigen Grundlage und ist zu einem hochbedeutenden Erfolg im gesamten Wirtschaftskreislauf Deutschlands geworden. Meine heimischen wie auch die in fremden Ländern gesammelten Erfahrungen haben mir die Hebergewerkschaft als die moderne Gewerkschaftsrichtung Deutschlands die weitaus beste ist. Mißbilligend muß ich das Gesamtergebnis der diesmaligen Bewegung anerkennen, wenn auch viele bittere Begleiterscheinungen damit verbunden sind. Von besonderem Interesse ist für mich das Ergebnis für das Lohngebiet Karlsruhe. Durch die Tätigkeit der Organisation ist dort der Lohn für Maurer von 37 3 im Jahre 1900 auf 62 3 am Ende dieser Vertragsperiode gestiegen. Das ist ein Erfolg, wie er gleich selten zu finden sein wird. Besonders erfreulich ist es, daß für Karlsruhe nun endlich eine Verärzgerung der Arbeitszeit unter zehn Stunden erreicht worden ist. Eine Verärzgerung der Arbeitszeit zu erreichen, ist im Laufe der Jahre immer schwieriger geworden. Aber in Karlsruhe konnte man längst den Reinstand erreicht haben, wenn man sich dort früher eine Organisation geschaffen hätte. Die goldenen Jahre von 1896 bis 1898 sind gänzlich ungenutzt vorübergegangen. Doch das noch nicht ist, das kann noch werden. Das diesmalige Karlsruher Ergebnis gleicht das Ergebnis wieder aus, das wir dort im Jahre 1910 schweren Strzern annehmen mußten. Sehr bedauerlich muß der zentrale Abschluß freilich für Erle wie Heidelberg sein, da die dortigen Kollegen nun zum dritten Male eine schwere Enttäuschung erleben.

Robert Woods, San Francisco.

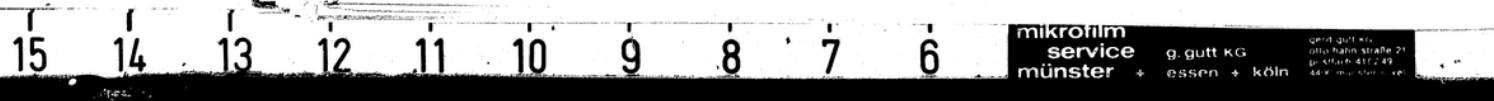
Unsere Politik bei den Lohnbewegungen ist von dem Grundgedanken aus zu beurteilen: Wie erreichen wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen? Es steht fest, daß wir bei den zentralen Abschlüssen unseren Lohn verbessern, aber nicht in der Höhe, wie es in manchen Städten möglich wäre. Es ist abzuwarten, was am nützlichsten für unsere Organisation ist: Zentrale Vereinbarungen, wo die Klasse mit uns ist, oder eine Politik, wo die Klasse gegen uns ist. Letzteres kann nach meiner Meinung nur sein, wenn wir zentrale Vereinbarungen treffen. Durch die zentralen Abschlüsse werden die Kollegen mitmütig gemacht, und sie haben bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf zentraler Grundlage jeder Einfluß. Das führt dazu, daß das Vertrauen zu den leitenden Kollegen abnimmt und die Agitationsfreudigkeit der Kollegen nach jeder Richtung hin lahmgelegt wird. Wir müssen dahin streben, daß wir das Vertrauen unserer Kollegen aufrecht erhalten; denn es ist kein siegreicher Kampf zu führen, wenn der richtige Geist dazu fehlt. Ein weiterer Grund, die endgültige Entscheidung mehr als bisher den Kollegen in den einzelnen Ären zu übertragen, ist zweifellos dadurch gegeben, daß die Unternehmer, wie sich das bei der diesjährigen Bewegung gezeigt hat, bei den zentralen Verhandlungen entweder kein oder doch nur geringfügige Angebote machen. Die Unternehmer sehen dabei ganz richtig voraus, daß sie bei einem später etwa zu fallenden Schiedsspruch ziemlich glimpflich davorkommen. Nur dadurch wird das sogenannte örtliche Verhandeln zu einer reinen Komödie. Wüßten dagegen die Unternehmer, daß die Mitglieder der betreffenden Zweigvereine unter Umständen den Krieg erklären können, so würden sie ganz anders handeln. Die vielen großen Störungen und die damit verbundenen unangenehmen Geldausgaben könnten dadurch wesentlich eingespart werden.

Helmuth Janßen, Wegefeld.

Wenn man die Artikel zur Tarifpolitik im „Grundstein“ in einem Atemzuge liest, so wird der Anfänger der Tarifverträge jedenfalls seine Einwendungen machen, der schon hin und wieder mit kurzen Andeutungen auf die vielen Einwendungen der Tarifverträge hingewiesen ist. Aber jetzt finden sich die Einwände in der Tat gegen die Tarifverträge immer häufiger. Unsere wirtschaftlichen Kämpfe immer beständiger gegen die Arbeitgeber über Lohn und Arbeitszeit gehen wir, vereinbarungen, liegt wohl in der Natur der Sache und niemand wird etwas dagegen einzuwenden haben, weil es eben durch die Organisation bei den Unternehmern mehr Anerkennung fand und zweitens die Kollegen mit ihren Ansprüchen bei Verträgen usw. leichter zu ihrem Recht kommen konnten. Darum ist man mit solchen Vereinbarungen auf Agitation gegangen und hat sie den Kollegen gegenstandslos gemacht, und mit ihrer Hilfe ist es den Agitatoren leichter gelungen, die Unparteilichen zu bekehren. So sind die Kollegen schon mit dem Tarifverträgen in die Organisation eingetreten und dann in der Organisation wieder von den Tarifverträgen ertragen worden. Ich glaube aber kaum, daß man bei dieser Agitation die Zustimmung der Tarifverträge erwartet hat, wie sie heute sind. Es wird in den Artikeln auch angegeben, daß diese Entwicklung die Verhältnisse mit sich gebracht haben. Aber diese Verhältnisse konnten nur dadurch eine solche Macht werden, daß man im Augenblick, wo die Unternehmer ihre Meinung zu Tarifverträgen bekundeten, ihre Hinterlistigkeit nicht durchschaute und ihnen nicht sofort etwas entgegensetzte. Das eben war die Ursache der Misere und Kämpfe nicht mit hinterlistigen und falschen Manipulationen wie die Unternehmer. Es kann gar keinen Zweifel unterliegen, daß die Unternehmer andere Absichten hatten, da sie doch in sehr kurzer Zeit ihre Absichten änderten und sich auf das Karlsruher stützten. Die Unternehmer haben sich durch den Erfolg unserer Willen durchdrücken wollen, so können wir das nur durch die Anerkennung von Tarifverträgen tun; und sie haben dabei nicht falsch gehandelt. Sie haben dadurch erreicht, daß sie die Arbeiter ganz nach Willkür behandeln können, weil sie nur zu gut wissen, daß ein Arbeiter dem anderen seine Solidarität nicht mehr wie früher zum Ausdruck bringen kann. Auch ist durch das Vertragsverhältnis unter unseren Kollegen eine bedenkliche Flauheit und Gleichgültigkeit eingetreten, indem die große Mehrzahl nach jedem nicht um die Organisation kümmert. Mit der Vertragsabwicklung ist für sie alles erledigt. Aber aus der Vertragsabwicklung ist für sie alles erledigt. Mit der Vertragsabwicklung ist für sie alles erledigt. Aber aus der Vertragsabwicklung ist für sie alles erledigt.

Wir wollen uns unsere Stellungnahme zu den Einwendungen aus dem Grundstein für spätere Zeit vorbehalten; aber zu einigen Sätzen in der Arbeit der Kollegen Ziegler müssen wir doch gleich hier Stellung nehmen, weil ihre Ausführungen, daß sich sonst die Schärferdruckpresse diese Sache nicht entgegen lassen wird. Es sind das jene Sätze, in denen Ziegler behauptet, daß unter den Tarifverträgen auf den Baustellen nicht mehr „der nötige Druck“ auf die Hausen und Beitragsgehenden Kollegen ausgeübt werden könne. Nach diesen Sätzen hat es den Anschein, als ob unsere Organisation nur blühen könnte, wenn man einen mehr oder minder starken Zwang auf einen Teil der Kollegen nicht je gemeint; denn er sagt an anderer Stelle selbst, daß unsere Organisation auf Solidarität und Bruderliebe aufgebaut sein müsse. Es wäre auch nicht möglich, unsere Organisation zu beschreiben, wenn der Grundgedanke der Organisation deshalb lautet, weil hinter Beitragsgehenden Kollegen auf den Baustellen nicht der nötige Druck gesetzt werden kann. Bruderliebe und wahrer Druck lassen sich niemals durch Zwang erreichen, sondern nur dadurch, daß man flau und unfähigere Arbeiter zu besserer Einsicht und zu tüchtiger Gewerkschaften erzieht.

Die Redaktion.



mikrolim service münster 9. gutt KG essen + köln

Welchen Lohn hat eine Firma in einem fremden Wohngebiet zu zahlen.

Diese Frage haben wir im 'Grundstein', Nummer 23 im Briefkasten und in Nummer 33 in einem kurzen Artikel beantwortet. Wir glauben wenigstens, je nach dem jetzigen Stande unserer Verhältnisse, jetzt verhältnismäßig beantwortet zu haben, müssen aber jetzt zu unserm Bedauern sehen, daß dies doch nicht der Fall ist. Von einem Kollegen (Schäufel in Plauen i. V. erzielten wir ein Schreiben, aus dem hervorgeht, daß er sich über die Frage noch nicht klar ist. Der Kollege schreibt uns: 'Wenn man sagt, eine Firma in Plauen i. V. hat eine Arbeit in Bonn habe und dazu die nötigen Leute in Bonn einstellen, habe die in Bonn ortsüblichen Arbeitsbedingungen zu erfüllen, ohne Rücksicht darauf, daß die Firma in Hamburg einen bedeutend besseren Vertrag unterzeichnet hat, so ist das nicht richtig. Ich stehe auf dem Standpunkt, hat die Hamburger Firma eine Arbeit in Bonn, so hat sie Hamburger Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten, auch für die Kollegen, die am Ort der Arbeit eingestellt werden. Ist der Lohn in Bonn ein besserer, so ist dieser maßgebend. Man kann doch nicht das, was durch Mühsal und Entbehrungen der Kollegen erzwungen und zur Durchführung gebracht ist, ohne weiteres fallen lassen. Soweit die Firmen der Spezialbranche in Betracht kommen, sind immer die jeweiligen besseren Löhne und Arbeitsbedingungen eingehalten worden und wenn jemand einen Lohn in Bonn und ein Gehalt in der Gegend zahlt, wird es nicht schwer fallen, das Erzeugnis festzusetzen. Aber die Ansichten, die in dem betreffenden Artikel stehen, sind angehen, die Kollegen sind unzufrieden mit dem Vertrag, den die Firma in einem Kaufmannsverein mit sich geschlossen hat, und sind froh, einmal einige Zeit ihr Leben unter besseren Verhältnissen zu führen. Angenommen, die Hamburger Firma stellt doch einige ihrer älteren Leute nach Bonn, selbstverständlich zu Hamburger Bedingungen, was ja bei Spezialgeschäften sehr oft vorkommt, und stellt nun die fehlenden Leute am Arbeitsort ein, sollen für diese auch nur Bonner Verhältnisse maßgebend sein? Das würde doch zu unbilligen Zuständen führen.'

Soweit also der Brief, den wir hauptsächlich deshalb zur Kenntnis unserer Kollegen bringen, weil eine Aufklärung von Seiten der Kollegen erfahren ist, die heute noch bei sehr vielen Kollegen besteht. Nach dieser Aufklärung bestimmen die Arbeitgeberorganisationen, was in den Tarifverträgen stehen soll. — Das auch die Unternehmerorganisationen dabei mitwirken, können die Kollegen immer noch nicht begreifen, obwohl wir in den Briefen über unsere Kapitalpolitik besonders eindringlich darauf hingewiesen haben. Also war doch auch umsonst. Der Kollege Schäufel spricht diese Auffassung zwar nicht ausdrücklich aus, aber es ist der Sinn seiner Ausführungen. Beträgen wir uns einmal keine einzelnen Fälle, nach seiner Meinung gilt nur das, was der bessere Tarifvertrag vorschreibt. Aber den 'besseren' Vertrag werden aber Arbeiter und Unternehmer genau entgegengesetzte Meinung sein. Für den Unternehmer gilt der Vertrag besser, wenn er für weniger Geld zahlt als der Arbeiter, während für den Arbeiter das Gegenteil ist. Es wird also Streit entstehen, wenn nicht in dem Tarifvertrag, der für den Wohnort des Unternehmers gilt, Kipp und Karat gilt, daß die darin festgesetzten Löhne für alle Arbeiten des betreffenden Unternehmers gelten, ganz gleich, wo sie auch in der Welt ausgeführt werden müssen. Und ist kein Tarifvertrag vorhanden, so muß vorgehoben ist. Nach unserer Meinung tritt der Kollege Schäufel, wenn er sagt, die Kollegen hätten dies durch Kämpfe und Entbehrungen erzwungen. Die Tarifverträge, die wie wir jetzt wissen, entstehen fast alle folgenden Satz: 'Dieser Tarifvertrag gilt für alle Arbeiter an nachstehenden Orten...' (folgen die Orte). Oder es heißt ebenfalls: 'Dieser Vertrag gilt für alle Arbeiter in dem Ort ...' und in einer Entfernung von ... km von dessen Mittelpunkt. Die wenigen außerordentlichen Verträge sind entweder für Firmen abgeschlossen, die nur in einem Ort arbeiten, oder für Firmen, die für alle Arbeiter in dem Ort arbeiten, für die nur eine sehr beschränkte Anzahl von Arbeitern in Betracht kommen. Man kann also nicht davon reden, daß nicht, wo sie auch in der Welt ausgeführt werden müssen, ist es doch nicht allgemein erzwungen, obwohl wir wünschen, daß für unsere Kollegen stets die Ansicht der Kollegen Schäufel richtig wäre. In der Theorie nimmt sie sich ja auch sehr schön aus, man kann aber zweifeln, ob unsere Kollegen praktisch Nutzen davon hätten. Nehmen wir einmal an, sie bestände zu Recht. Würde es dann einem Unternehmer, der seinen Sitz in einer Stadt mit hohen Löhnen hat, möglich sein, in einer kleinen Stadt, in der die Löhne vielleicht halb so hoch sind wie an seinem Wohnort, Arbeit zu übernehmen? Nein, aber er müßte dort eine sehr hohe Miete zahlen. Und wenn er seinen Sitz in eine große Stadt, wo die Arbeit ausbleibt, wenn sie dabei ihren Lohn nicht verbessern. Wir könnten also nur die zweite Variante absehen, wenn die Unternehmer damit zufrieden sind. Lediglich hat die Sache noch einen Schaden. Es ist bekannt, daß Unternehmer aus größeren Städten den untergeordneten Orten für alle Arbeiter, ohne verhältnismäßige Verpflegung in der Regel höhere als die ortsüblichen Löhne zahlen. Dieser war dieser Umstand unseren Kollegen ein wichtiges Hilfsmittel, um ihre ortsüblichen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sollen wir die dieses Mittel zu verlieren? Das ist die Frage in Zeiten, in welchen Arbeitsbedingungen fast sind, wenn sie einmal eine Zeitlang bessere Arbeitsbedingungen haben, ist ohne weiteres möglich. Die besseren Arbeitsbedingungen werden aber nicht dadurch erzielt, daß man das heute bestehende Tarifverhältnis zu seinen Gunsten a u f g e b t, sondern daß wir in den nächstgelegenen Zeiten für alle Kollegen bessere Arbeitsbedingungen erzwingen. — Das Kollegen aus einem tariflich besser gestellten Ort nach einem schlechter gestellten Ort geschickt werden, und dort mit dem am Ort niedrigen Löhnen die gleiche Arbeit leisten, dafür aber nicht nur einen bedeutend höheren Lohn, sondern auch noch Wohnung, Auskleidung oder Montagslohn erhalten, kommt doch heute jeden Tag vor. Was da gerade ist, darüber werden die Meinungen sehr geteilt sein. Wenn die Arbeitgeberorganisationen einmal die Tarifverträge differenzieren, werden vielleicht denjenigen, nach der Meinung des Kollegen

Schäufel unbilligere Zustände ausgemergelt. In der jetzigen Tarifverträge sind aber noch das Produkt gegenseitiger Vereinbarungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. Und in diesen Vereinbarungen kommt die beiderseitige Macht zum Ausdruck. Es würde also unsern Kollegen gar nichts helfen, wenn wir durch falsche Auslegung einer Tarifvertragsbestimmung die Sache so drehten, daß der Kollege Schäufel Recht hätte. Reinen Grund entscheiden dann die Sachverhalte doch anders. In unseren Worten wird den Kollegen folgen, daß es unmöglich ist, eine für alle gültige richtige Darstellung zu geben. Was könnte erst geschrieben, wenn für das ganze Ausbreitungsbereich unseres Verbandes ein einziger Tarifvertrag Geltung hätte.

Die Mitgliederbewegung im zweiten Vierteljahr.

In dem Artikel mit dieser Überschrift in der vorigen Nummer haben wir gesagt, daß der jährliche Rückgang der Zahl der Statutenäre nur daraus erklärt werden könne, daß ein größerer Teil der Kollegen, die früher als Statutenäre gewählt worden sind, jetzt als Ruher gezählt worden seien. Aus demselben sei auch die Zunahme der Ruher im Bezirk 19 im Monat Stuttgart als auch in Neutlingen die Folge der letzten Wahl keine Berufsausübung angegeben worden. In der letzten Statistik der Berufsgruppen in einzelnen Zweigvereinen zurückzuführen ist. Es wurden im Bezirk 19 im Monat Stuttgart 1214 und in Neutlingen 1214 Mitglieder gezählt. In beiden Fällen ist die Zahl der Mitglieder im Vergleich mit der Zahl der Statutenäre im letzten Vierteljahr abgenommen. In Neutlingen sind 1214 Mitglieder, in Stuttgart 1214 Mitglieder. In beiden Fällen ist die Zahl der Mitglieder im Vergleich mit der Zahl der Statutenäre im letzten Vierteljahr abgenommen. In Neutlingen sind 1214 Mitglieder, in Stuttgart 1214 Mitglieder. In beiden Fällen ist die Zahl der Mitglieder im Vergleich mit der Zahl der Statutenäre im letzten Vierteljahr abgenommen.

Jugendbewegung.

Wenn hätte das Wort nicht in die Ohren geklungen? Wir leben in dem Zeitalter der Jugend, hier man oft sagen, und das mit vollem Recht; denn wo man die Augen auch hinwendet, wo uns unsere Schritte auch hinführen mögen, überall in Stadt und Land sieht man einen heftigen Kampf um die Jugend. Die Jugend ist ein großes und verhängnisvolles geworden ist, wird sie schon wissen, wohin sie geht, so hört man leider sehr oft Eltern von ihren Kindern, ältere Kollegen von den jüngeren sprechen. So gut derartige Vorwürfe auch gemeint sein mögen, so lassen sie doch erkennen, daß ein großer Teil der organisierten Arbeiterchaft den Geist des Kampfes um die Jugend und den Wert der proletarischen Jugendbewegung noch nicht erkannt hat. Jeder kann man auch oft genug feststellen, daß Eltern, die selbst politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, die Meinung haben, ihre Kinder seien in einem konfessionellen Jugendverein oder in anderen bürgerlichen Organisationen besser aufgehoben als in den Vereinen der organisierten Arbeiterchaft für die bürgerlichen Jugendvereine und ihre angestrebten Ziele und Ziele sollte man sich nicht darüber hinwegsetzen lassen, daß die gesamten bürgerlichen Jugendvereine einzeln und allein den Zweck haben, der Arbeiterchaft ihren Nachwuchs durch Bekämpfung der freien Jugendbewegung zu entziehen und die Arbeiterkinder ihren Eltern zu entreißen. Was die proletarische Jugendbewegung bezweckt, ist in einem Maße klar und deutlich ausgeprochen. Die freie Jugendbewegung will die geistigen und körperlichen Fähigkeiten der jungen Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterinnen zu entwickeln und fördern, damit sie körperlich und geistig gesund, erkennen können, ob sie die Weisheit des kämpfenden Proletariats fassen wollen oder nicht. Dieses Ziel zu erreichen, hindert die Funktionen der Jugendbewegung ständig, indem sie den Kampf gegen Aberglauben und Schwärmererei aufnehmen und durch die bürgerliche und geistliche Vereinnahmung. Weist die proletarische Jugendbewegung befreit ist, die Geschlechter gemeinsam zu ergreifen, halten die Eltern ihre Kinder, vor allem aber Mütter ihre Kinder, von den Vereinnahmungen der bürgerlichen Jugendvereine fern. Diese Eltern können noch nicht begreifen, daß es besser ist, wenn die Jugend beiderlei Geschlechts zusammenkommt und in freundschaftlicher Weise miteinander verkehrt und den Kampf um ihre wirtschaftliche Befreiung gemeinsam führt, als sich im taubengläubigen Aberglauben der bürgerlichen Jugendvereine zu verlieren. Der Deutsche Arbeiterverband hat in dem auf seinem letzten Verbandstag zur freien Jugendbewegung in nutzbringender Weise Stellung genommen, indem er seine Jugendvereine anerkennt, daß, wenn irgend möglich, überall Jugendbewegungen zu gründen. Mit der Unterstützung dieses Verbandes ist jedoch noch nicht getan, wenn die Verbandsmittglieder ihre jüngsten Kollegen und Lehrlinge auch weiterhin als ihre Untergebenen behandeln, anstatt ihnen als ältere Freunde und Kollegen in jeder Hinsicht Beistand zu leisten und ihnen zu helfen, sich selbst zu helfen. Die Jugendbewegung ist die Bewegung der Lehrlinge und die Bewegung der Lehrlinge, wird wohl jeder einseitige Kollege zugeben müssen. Die alten Lehrlinge 'Lehrjahre sind keine Ferienjahre' und 'Ans ist es als Lehrlinge noch schlechter erlangen' sollte man als moderner Mensch und als Mitglied einer Gewerk-

schaft endlich aufgeben. Der Lehrling ist jetzt sehr oft das wichtigste Ausbreitungsmittel des Interneriums und daher des Schutzes seiner Gewerkschaft am ersten bedürftig. Darum, Kollegen, die ihr es mit Eurer Gewerkschaft, mit der modernen Arbeiterbewegung überaus ernst meint, nehmt Euch der Jugend an. Eltern, sorgt dafür, daß Eure Kinder die Veranstaltungen besuchen, die für sie von der organisierten Arbeiterchaft arrangiert werden! Kollegen, führt die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter unseres Verbandes der Jugendbewegung des Bundes an! Die Jugend, die soll unser sein!

Deutsch-Südwestafrika.

Aus Südbuschbüch erzielten wir vor einigen Tagen ein Schreiben, in dem wir ersucht werden, die deutschen Mäurer vor der Auswanderung nach Südwestafrika zu warnen. Der Kollege, der uns den Brief schrieb, teilte mit, daß zwischen der kolonialen Verknüpfung (Südpflichtigkeit) und den in der Kolonie bei der bürgerlichen Mäurern Differenzen bestehen, weil die Gesellschaft den Lohn herabgesetzt hat. Wie die dortigen Verhältnisse beschaffen sind, sieht man aus der Mitteilung des Kollegen, daß ein Mäurer mindestens 10 Pfund verdienen muß, wenn er mit seinem Lohn auskommen will. In die allgemeinen Arbeitsverhältnisse gibt uns, soweit wirs Arbeiter in Betracht kommen, ein Vernehmungsbericht des Südbuschbüch Gewerbevereins einen kleinen Einblick. In einer Resolution ersuchte der Verein die Aufsichtsbüro der Kolonialverwaltung, die Mäurer für Sonderrechte, die eigentlich verweigert worden sind, zu gewähren. Die Resolution ist nämlich so, daß die Einrichtung einer Kranenklasse eine dringende Notwendigkeit geworden ist. Die Kranenklasse unter den Mäurern zur Folge. Bei demnach ein bedeutendes Interesse an der Erhebung dieser Steuer, während die Regierung die mit Sonderrechten ausgestatteten Kapitalisten schon mögliche. Aber die Notwendigkeit der Kranenklasse wird in dem Vernehmungsbericht folgendes gesagt:

Eine der Hauptaufgaben, die sich der Gewerbeverein gestellt hat, ist die Gründung einer Kranenklasse. Von den Mitgliedern des Vereins (die Zahl der Mitglieder beträgt heute über 200) ist ein großer Teil auf den Mäurern im Bereich des Bergamts Südbuschbüch beschäftigt. Die Art der Beschäftigung, das rauhe Klima, die Einseitigkeit auf den Feldern, die Eintönigkeit des Lebens und vor allen Dingen die Entbehrungen und Strapazen, die das Arbeiten in der wasserlosen Wüste uns abverlangt, mit sich bringt, haben leider sehr häufig Krankheiten unter den weißen Arbeitern zur Folge. Bei dem besten jeder staatlichen Sozialversicherung müssen die Erkrankten gemeinlich den größten Teil ihrer Ersparnisse opfern, um die Kosten der ärztlichen Behandlung und die Pflege im höchsten Krankenhause zu bezahlen, so sehr oft geraten die Betroffenen in Schulden und stehen aus dem Krankenhause ohne entlassen und noch krankheitsfähig — mittellos da. Wenn es ihnen nicht gelingt, zeitweilig Hilfe von Freunden zu erhalten und bald wieder Beschäftigung zu finden, fallen sie der Stadienmühle oder der Verelendung zum Opfer. Das Schicksal bezieht sich auf untergeordnete Arbeiter, meist Lehrlinge oder Berufskräfte und Familienmitglieder daran. — Wie auf den Feldern üblichen Löhne sind allgemein nicht so hoch, daß Berufskräfte erhebliche Ersparnisse machen können. Nur in Ausnahmefällen kann die Familie bei dem Vater oder Mutter ein gewisses Vermögen anhäufen. In Südbuschbüch, heißt einen solchen verelendeten Arbeiter eine Kranenheit oder ein Unfall, so gerät die Familie fast stets in bittere Not. Aus diesen Worten hört man, daß es dem auf den Bezirk seiner Arbeitskraft angewiesenen Menschen in Südbuschbüch noch schlechter gehen kann als in Europa. Wir hoffen deshalb, daß die Warnung von auswanderungswilligen Kollegen beherzigt wird.

Fliesenleger.

München. Am 4. April 1913 wurde hier der abgeordnete Fliesenlegerverein gegründet, der bis 1910 getrennt war. Infolge der Erhebung der Fliesenleger der Arbeit und eine Erhöhung der Fliesenlohn, mußten aber dafür Bestimmungen in Kraft nehmen, die die Unternehmer jetzt, nach Eintritt der nächsten Sommerferien, in einer Weise ausnutzen, die sich das unsere Kollegen beim Fliesenlegen des Baugeschäftes für die nicht in München eingestellten Regier. Die Unternehmer redden ihnen vor, sie könnten nur so konzentrationfähig bleiben und den Winter Regern ein größeres Arbeitsfeld beschaffen. Auch mit der Erweiterung des Straßens in die Stadt, bis zu dem seine Zulagen gesetzlich zu werden könnten, erklären sich unsere Kollegen einverstanden. Aber ihre Hoffnungen auf ein größeres Arbeitsfeld sind bitter enttäuscht worden. Das Gegenteil ist eingetreten. Obwohl die Unternehmer viel Arbeit im Ausland haben, kommt kein Fliesenleger mehr an diese Arbeiter, noch weil sie immer noch zu teuer sind. Sogar die Arbeiter in Südbuschbüch (außerhalb des zweiten und dritten Tarifzweigs), wo die Unternehmer Zulagen zu zahlen haben, lassen sie nicht mehr von München Regern auszuführen, so daß sich die Arbeit für unsere Kollegen auf das Gebiet innerhalb des Baugeschäftes beschränkt. Die Folge davon ist, daß die Hälfte der Münchner Fliesenleger arbeitslos ist. Die Unternehmer lassen ihre auswärtige Arbeit von Arbeitern aus allen Bundesvereinen fertigstellen, ohne ihnen die Leistungen für unsere Kollegen auf das Gebiet innerhalb des Baugeschäftes zu bezahlen. Die Folge davon ist, daß die Hälfte der Münchner Fliesenleger arbeitslos ist. Die Unternehmer lassen ihre auswärtige Arbeit von Arbeitern aus allen Bundesvereinen fertigstellen, ohne ihnen die Leistungen für unsere Kollegen auf das Gebiet innerhalb des Baugeschäftes zu bezahlen. Die Folge davon ist, daß die Hälfte der Münchner Fliesenleger arbeitslos ist.

Seger nach den an den betreffenden Orten bestehenden Pflichten entlohnt werden können. Das ist protokollarisch festgelegt; aber diese protokollarische Erklärung wird jetzt falsch ausgelegt. Wir hätten schon längst vom Gewerbegericht feststellen lassen, daß die Unternehmer Tarifverträge abgeschlossen; aber wir haben zu diesem kein Vertrauen, weil wir mit dem Herrn Gewerbeamt-Carlorius sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben. Im Tarifvertrag ist vorgesehen, daß das Gewerbegericht bei Differenzen aus dem Vertrag endgültig entscheiden soll. Es ist nun wiederholt folgendes vorgekommen: Ein Unternehmer weigerte sich, den tariflichen Arbeitsübertrag auszugeben, so daß die Seger gezwungen sind, die Restsumme am Gewerbegericht auszulagern. Dori befragte der Unternehmer, die Position im Tarif bedürfe einer Auslegung, weil Unklarheit darüber herrsche. Darauf wird die Sache dem Einigungsamt überwiesen, wo in den meisten Fällen Herr Carlorius die Entscheidung zu fällen hat. Dessen Entscheidung ist besetzt, daß zum Beispiel in zwei Fällen selbst die Unternehmer gemeinschaftlich mit den Arbeitern gegen den Schiedspruch Front gemacht haben, so daß ein zweites Schiedspruch gestellt werden mußte. Einmal rief Herr Carlorius den Vertreter der Arbeiter zu: „Ihr habt ja einen so hohen Stundenlohn; was wollt ihr denn noch mehr?“ Als ob die Arbeiter deshalb nicht ihr Recht zu fordern hätten! Ein andermal meinte er: „Wenn irgendwelche Arbeiter zu Kapitulanten würden, denn seien hier die Minderen Pflanzler.“ Was wird nun Herr Carlorius tun, wenn die Pflanzler gegen Grund seiner Rechtsprechung die Arbeitsarbeit verweigern und sich mit ihrem hohen Stundenlohn begnügen, weil sie ja ihren Arbeitsübertrag doch nicht erhalten? Wird er denn etwa darin einen Tarifbruch sehen? Seit Verlesen des Tariffs wurden etwa anderthalb Tausend Schiedsprüche gefällt, die besetzt sind, daß unsere Kollegen bestärkt, bald nur noch den Umschlag des Tarifvertrages ohne Inhalt in Händen zu haben. Leider gibt es auch Kollegen, die den Unternehmern in die Hände arbeiten, indem sie deren Angebote, unter dem Tarif zu arbeiten, annehmen. Sofort organisierte Kollegen aus den verschiedenen Teilen des Reiches sind darunter. Sollte das nicht anders werden, so werden wir die betreffenden mit Namen nennen und mit allen Mitteln der Organisation gegen sie vorgehen. Schlichter müssen wir noch feststellen, daß die Lohnrichter, die von München nach Bogen gefahren sind, keine Münchner Pflanzler sind, wie es nach dem Bericht in Nr. 33 des „Grundstein“ scheint. Das waren vielmehr ausländische Leute von jener Seite, wie wir sie eben festgestellt haben, die vor ihrer Seite nach Bogen auch in München und Umgebung als Lohnrichter gearbeitet hatten.

### Gipser und Stukkateure.

#### Ein ungewöhnlicher Vorgang.

Die Sektion der Stukkateure in Plauen i. V. hat an die Stukkateur-Sektionen aller größeren Zweigvereine nachfolgendes Rundschreiben geschickt:

Werte Kollegen!

In Anbetracht der allseitigen Unzufriedenheit, die seit Antritt des Deutschen Bauarbeiterverbandes in den Reihen unserer Kollegen Platz gegriffen hat, ferner die eigentümlichen Maßnahmen des Hauptverbandes einigen Sektionen gegenüber, zum Beispiel bei Lohnbewegungen, gaben der Sektion Plauen i. V. Antrag in ihren Versammlungen sich damit zu beschäftigen. Die Kollegen von Plauen sind zu dem Resultat gekommen, daß es unter solchen Umständen nicht weitergehen kann. Sie betrachten die bürokratische sowie auch willkürliche Handlungsweise des Hauptverbandes beziehungsweise einzelner Gauleiter als eine Kränkelung der schon längst von uns errungenen Rechte. Hierüber den Beweis anzutreten, sind wir jederzeit bereit. Als freie Gewerkschafter betrachten wir es als rückständig und unserer unwürdig, uns noch länger auf diese Weise terrorisieren zu lassen. Wir wollen nicht reaktionär werden, sondern revolutionär weiterkämpfen. Mit diesem Standpunkt aus dem Deutschen Bauarbeiterverband haben wir uns noch nicht näher befaßt, da wir als einzelne Sektion der großen Masse gegenüber keinen Einfluß ausüben können. Wir wollen mit diesem Schreiben beweisen, daß in unseren Reihen mehr Opposition da ist, als man zu erwarten hat, und unsere alten Rechte wiederzuerlangen. Wir erziehen Euch, in dieser Angelegenheit in Euren Versammlungen Stellung zu nehmen, und bitten, Eure Meinung hierüber baldmöglichst einzusenden, um dann eventuell gemeinschaftlich alles Weitere zu veranlassen. Alle Zuschriften sind zu richten an Gustav Biele, Plauen i. V., Adolph-Georg-Straße 36, 2. Et.

Mit kollegialem Gruß

Sektion der Stukkateure Plauen i. V.

Es ist ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, der sich hier abspielt. Ein winziger Bruchteil der zehntausendköpfigen Gipser und Stukkateure, die vor rund zwei Jahren dem Zusammenschluß mit dem Deutschen Bauarbeiterverbande beschloffen haben, fällt sich berufen, Uneinigkeit in die Reihen der Organisation zu tragen, angeblich, weil längst errungene Rechte der Stukkateure durch bürokratische und willkürliche Behandlung seitens des Hauptverbandes und einzelner Bezirksleiter geknebelt worden seien.“ Da muß man doch fragen, ob dies in einer Organisation, bei der die ganzen Einrichtungen durch Statut geregelt sind, möglich ist. Daß in einer gewerkschaftlichen Organisation die verschiedenen Berufsgruppen umfaßt, einer einzelnen Gruppe Sonderrechte eingeräumt werden können, ist ausgeschlossen; das erste und einfachste demokratische Prinzip verlangt nicht nur gleiches

Recht für alle, sondern auch, daß sich die Minorität den Beschlüssen der Majorität fügt. Die Satzungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes sind für alle Mitglieder maßgebend; Willkür wird hier niemals herrschen können. Wer sich benachteiligt fühlt, dem steht ohne weiteres der Justizweg offen: auf den Zweigvereinsvorstand folgt die Bezirksleitung, diese unterliegt dem Verbandsvorstand; dessen Entscheidungen unterliegen dem Beschlusse des Ausschusses, und letzten Endes entscheidet der Verbandsrat als höchste Instanz. Dieser Weg sollte jedem Mitgliede bekannt sein, besonders aber einer Sektionsleitung. Glaubt also die eine oder die andere Sektion, Ursache zur Beschwerde zu haben, so stehen ihr Mittel genug zur Verfügung, um sich ihr Recht zu verschaffen.

Nun wird in dem Zirkular von einer allseitigen Unzufriedenheit seit dem Antritt des Deutschen Bauarbeiterverbandes geredet. Da dürfte es im Interesse der Gesamtheit doch angebracht sein, festzustellen, ob dies den Tatsachen entspricht und wodurch diese Unzufriedenheit entstanden ist. Eine ähnliche Behauptung ist schon im Jahre 1912 aufgestellt worden. Schon damals hat die Reichsfederierung der Stukkateure, die im Oktober 1912 stattfand, den Delegierten Gelegenheit geboten, ihre Wünsche und Beschwerden sehr ausführlich zum Ausdruck zu bringen und zu begründen. Der Verbandsvorstand gab die Zustimmung, daß alles getan werden solle, um berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Außer einigen geringfügigen Klagen, unter denen die hauptsächlichste die war, daß der Name des „Grundstein“ den Stukkateuren nicht unangebracht zur Verfügung stünde, wurde allseitig anerkannt, daß der Verband den berechtigten Anforderungen der Stukkateure gerecht werde. Verschiedene Wünsche der Stukkateure wurden auf den Verbandsrat erlegt. Auch bei den Lohnbewegungen haben die Stukkateure verhältnismäßig mit dem besten abgefunden. Trotzdem soll nach Ansicht der aus 18 Mitgliedern bestehenden Sektion Plauen eine allgemeine Unzufriedenheit herrschen.

Der Verbandsvorstand hat unter solchen Umständen den Wunsch, daß die Stukkateure und Gipser ihre Unzufriedenheit mit dem im Deutschen Bauarbeiterverband bestehenden Zuständen öffentlich begründen! Wenn sich wirklich herausstellen sollte, daß Mitglieder Ursache zu Klagen haben, so wird unbedingt im Interesse aller Abhilfe geschaffen werden. Aber dieses Interesse erfordert es auch, daß die ständigen Beunruhigungen der Gesamtheit durch einzelne Mitglieder ein Ende nehmen. Wir fordern nun die Gipser und Stukkateure auf, zu den in obigem Zirkular erhobenen Anschuldigungen Stellung zu nehmen und ihre Wünsche und Beschwerden öffentlich darzulegen. Dies kann sowohl in den Sektionsversammlungen wie im „Grundstein“ geschehen. Natürlich erwarten wir, daß die Diskussion ruhig und sachlich geführt wird; denn nur so wird es möglich sein, Mißverständnisse zu klären und vorhandene Uebelstände zu beseitigen, damit in der Organisation endlich Ruhe und Friede geschaffen wird.

Achtung! Durch Angehen in dem bekannten Offener Arbeitsmarkt haben sich in letzter Zeit vielfach Gipser und Stukkateure vertrieben lassen, bei einer Firma Albrecht in Jarnn (Frankreich) Arbeit anzunehmen. Es sollen etwa 20 Gipser dort tätig sein, von denen die meisten froh wären, wenn sie von dort weg könnten. Von mehreren glaubwürdigen Kollegen wird uns geschrieben, daß die Firma es sehr gut versteht, schriftlich gemachte Angebote zu regulieren und von dem an und für sich schlechten Verdienst Abzüge zu machen. Den Lohn der Hilfsarbeiter muß der Gipser zahlen, Stoff- und Holzgeld wird vom Unternehmer vom Lohn abgezogen und familiäre Lebens- und Genusmittel sind sehr teuer, so daß vom Lohn auch nicht ein Centime übrig bleibt. Die Gipser und Stukkateure müssen es sich daher sehr überlegen, ob sie den Lockrufen der Firma Albrecht Folge leisten wollen.

### Vom Bau.

#### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

**Wohnum.** Am 2. September geriet der auf der Straße „Wendischstraße“ beschäftigte Kollege Karl Zuchow aus Nadel bei einem Verladen von Schutt zwischen die Räder zweier Güterwagen. Er hatte das Veranlassen der Maschine nicht beachtet und ein Signal laut auch nicht zu hören. So wurde er kollektiv. Die Arbeit wird von dem Unternehmer Montagmittag ausgeführt.

**Schmitt.** In den letzten Tagen wurden uns eine Reihe Unfälle gemeldet, die beweisen, wie sehr wir des höchsten Arbeiterschutzes bedürfen. Am Bau der Kärntner Arbeiter von der Betonmischmaschine stürzte und mit der Stirn auf einen eigenen Träger fiel. — Beim Bau der Eisenkonstruktion für die Gasanstalt wurde ein Arbeiter durch einen herabfallenden Gegenstand so schwer am Arm verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Auf dem Schulneubau an der Sidonienstraße wurden einem Arbeiter durch ein festes Holzstück zwei Fingerknochen ab-

gequetscht. — An dem Neubau der Feighäuser auf dem Silberberg bei Weitzsch wurde ein Zimmermann circa 4 m tief ab. Er erlitt erhebliche Verletzungen. — An dem Bau des Unternehmers Weder in der Spallstraße stürzte beim Umlegen ein Schornsteinum am Kopf der Nähe befindlichen Personen konnten zum Glück noch rechtzeitig ausweichen. — Ein schwerer Unfall ereignete sich am Erweiterungsbau des Brauhauses. Als dort ein Zimmerer mit dem Aufstellen des Gerüsts beschäftigt war, löste sich aus einer Höhe Holz ein Pfosten und fiel circa 15 m tief herab. Er traf einen unten beschäftigten Arbeiter so unglücklich auf dem Rücken, daß dieser zusammenbrach und dabei mit dem Kopf auf einen harten Gegenstand fiel. Der Arbeiter ist schwer verletzt. — Am Bau des Gerüsts hat man sich schwer gegen die Unfallversicherungsbedingungen verhalten.

**Cottbus.** Am 5. September stürzte der Maurer Gustav am Kaiserneubau circa 10 m tief ab. Er trug den Verbandsvertrag davon und mußte sofort in die Klinik gebracht werden. Die Arbeit wird von der Firma Wabel & Wabel ausgeführt. Die Ursache des Unfalls ist darin zu suchen, daß Gustav sich an dem Tage sehr früh vorantrieb. Er wollte beim Gerüstbau allein eine Stange tragen. Das misglückte, so daß er fiel und unter die Stange zu liegen kam.

**Guzhagen.** Am 8. August ereignete sich hier ein schwerer Unfall. Der Arbeiter Fritz Siebert aus Hietz fiel beim Abnehmen einer Spundbohle so unglücklich auf dem ersten Arbeit auf die Maschine, daß er schwer verletzt wurde. Die Stange lag er heilungslos, und es ist fraglich, ob er je wieder seinen Beruf wieder nachgehen können wird. Die Arbeit wird ausgeführt von dem Unternehmer Max Guder. Der Kollege ist 33 Jahre alt und hat eine Frau und drei Kinder zu ernähren.

**Wittenberg.** Bauarbeiter-Schutzkommissionen verurteilt alle Unfälle auf Bauten öffentlich zu besprechen und auch gleich Abhilfe zu schaffen. Es werden bei von mehreren Unternehmern Bauarbeiten ausgeführt auf denen die Arbeiter so groß ist, daß die Gänge der Arbeiter nicht mehr den Augenblick überblicken können, weil sie noch länger liegen müssen. Die Arbeiter werden natürlich diese Unfälle. Am 21. August war der Maurer Schmidt damit beauftragt, den Fußboden zu machen. Dazu mußte der Arbeiter, an dem sich der Unfall ereignete, höher gehen. Als das geschehen war, ließ der Arbeiter die Hand vom Gerüst abheben, obwohl er von Kollegen aufgefordert wurde, dies nicht zu tun, da die Spitze zu schwach sei. Aber trotzdem wurde der Arbeiter verletzt. Die Spitze brach ab; der Kollege Schmidt, der hoch oben war, stürzte herunter und blieb mit gebrochenen Armen und gebrochenen Knöcheln liegen. Er mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Wen trifft die Schuld? Unsere Vertreter im Stadtparlement haben das Bauamt bestellte Male aufgefordert, man möge die Bauten besser beaufsichtigen. Alles geht abwärts! Dafür ist kein Geld da. Aber auch die Kollegen an den Kaiserneubauten mögen etwas mehr zur Aufstellung der Maschinen tun. Sie kommen nicht einmal zur Vertretung, obwohl sich die Verwaltung die größte Mühe gibt, gemeinsam mit ihnen die Maschinen aufzustellen. Auf demselben Bau stürzte beim Abnehmen ein circa 18 Jahre alter Hilfsarbeiter Winkler aus der ersten Etage ab. Der Unternehmer Klein arbeitet am liebsten mit Leuten, die vom Lande oder aus der Gegend kommen; die Kollegen das verlangen, was ihnen zutrifft. Von der Gegend wurde erst kurze Zeit auf dem Bau beschäftigt.

**Gießen.** Am 30. August waren die bei dem Unternehmer Sommerlatte aus Treiboda beschäftigten Bauarbeiter Carl Krawatz aus Gemersbach und Giebler aus Treiboda mit dem Abtragen eines alten Stalles beschäftigt. Da die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fehlten, so stürzte ein Lehmann ein und begrub die beiden Arbeiter unter sich. Krawatz wurde tot herbeigezogen, Giebler war schwer verletzt.

**Leipzig.** Beim Schließen auf den Bahnhöfen an Palmengarten stieg am 6. September ein Arbeiter an einer Leiter an den in der Aufschaltung angebrachten Holzleitern empor. Er rutschte dabei ab und fiel mit dem linken Hüfte auf einen tiefer befindlichen Querbalken. Man brachte den Verletzten ins Krankenhaus.

**Krausfeld.** Am 30. August ereignete sich ein bei dem Maurermeister Ludwig Englmann und Georg Harst waren an einem Hause in der Sternstraße auf einem Patentiergerüst beschäftigt. Eine der Leitern stürzte nach und beide Kollegen stürzten mit samt dem Gerüstteil circa 5 m tief ab. Englmann erlitt dabei keine Verletzungen, die Harst wurde durch seinen Verletzungen. Harst miederte den Sturz durch festhalten an einem Schußblech. Er lag über dem Körper in rotem Fuß und erlitt unter der linken Schulter eine starke Verwundung.

**Ein Staatsanwalt — das ist etwas anderes.** Unter dieser Überschrift brachte unser ungarisches Wiederorgan in seiner Nr. 23 folgende Notiz: „Die Kollegen werden sich noch erinnern, daß der Staatsanwalt Dr. Giller, der vor einem Neubau vorbeiging, von einem herunterfallenden Balken erschlagen wurde und so seinen Tod fand. Der kurze Gefährdete der Gerichtshof das Urteil der Strafe in Angelegenheiten des tödlichen Unfalls des Staatsanwalts Dr. Giller. Die Strafe beurteilte den Verstorbenen Müller Emil Gerstenberger zu 2000 Kronen Geldstrafe, den Helfer Anton Meißner zu fünf Monaten Gefängnis, den Verbleibender Alexander Dehonyitzky zu vier Monaten, die Tagelöhner Thomas Gregan und Georg Adami zu je drei Monaten Gefängnis. Das Urteil ist rechtskräftig. Die Witwe des verunglückten Staatsanwalts wurde mit ihrer Schadenersatzansprüche gegen den Verstorbenen an das Gericht verwiesen. Der Herr Richter darf also mit dem Gelde, das er an den ausgeübten Arbeitern gewonnen, die Angehörigen bezahlen. Er muß nicht wissen, daß kein Verunglückter da. Wenn der Verunglückte kein Staatsanwalt wäre, dann würde es gewiß ein gewöhnlicher Arbeiter gewesen sein, dann wäre er von eigener Unvorsichtigkeit“ gelastet. Der Verunglückte war aber ein Staatsanwalt und das ist etwas anderes.“ Diese Geschichte hätte sich gerade so gut in Deutschland abspielen können. Fast möchte man den Bau-



